

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Ges.“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Telefon:

„Tagblatt-Ges.“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 20 Bg monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleglohn. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Beleglohn. — Bezugs-Beleglohn nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Vorstände des Stadtrats, sowie die Nachbarn in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die Vorstände des Stadtrats, sowie die Nachbarn in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die Vorstände des Stadtrats, sowie die Nachbarn in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die Vorstände des Stadtrats, sowie die Nachbarn in allen Teilen der Stadt.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 10 Bg für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte. 20 Bg in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen. 30 Bg für alle auswärtigen Anzeigen: 1 Bg für lokale Anzeigen, 2 Bg für auswärtige Anzeigen. — Ganz halbe, dritte und vierte Zeile, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Teltower Str. 16, Fernspr. Amt Lützow 5788.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Freitag, 12. Dezember 1913.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 579. • 61. Jahrgang.

Arbeitslosenversicherung.

Von Dr. jur. Dr. oec. publ. E. S. Meyer.

Wie aktuell das Problem der Arbeitslosenversicherung zurzeit ist, mag die Aufzählung der Städte beweisen, in denen in den letzten Jahren die Einführung einer Arbeitslosenversicherung zur Debatte gestanden hat: Groß-Berlin, Braunschweig, Kassel, Kollmar, Danzig, Dessau, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Eupen, Frankfurt a. M., Guben, Halle a. S., Hamburg, Heidelberg, Hof, Köpenick, Kulmbach, Mainz, Minden, Neufahrn, Neumünster, Nürnberg, Pforzheim, Regensburg, Spandau, Weiden, Würzburg und andere. Auch die Stadt Wiesbaden bereitet sich vor, aktiv zu diesem Problem Stellung zu nehmen.

Die Tatsache einer zeitweisen Arbeitslosigkeit in unserem Wirtschaftsleben läßt sich auch von dem schroffsten Gegner jeglicher öffentlichen Arbeitslosenfürsorge nicht leugnen. Wenn auch, und das mag gleich vorweg gesagt sein, die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht den Umfang aufweist, der sie als eine Katastrophe des Wirtschaftslebens erscheinen läßt. Man hat vor allem einen Unterschied zwischen absoluter und relativer Arbeitslosigkeit, so zeigt sich, daß die absolute Arbeitslosigkeit in Deutschland noch weit hinter der in anderen Ländern zurücksteht. Unter relativer Arbeitslosigkeit ist diejenige verstanden, die hervorgerufen ist durch die mangelnde Ausgestaltung unserer Arbeitsmarktsorganisation. Es sind brachliegende Arbeitskräfte vorhanden, aber es sind auch offene Stellen da. Infolge mangelnder Orientierung über die Lage des Arbeitsmarkts können sich Angebot und Nachfrage nicht treffen. Der Arbeiter bleibt ohne Arbeit, der Arbeitgeber ohne Arbeitskräfte. Eine absolute Arbeitslosigkeit liegt erst dann vor, wenn eine wirkliche Überfüllung des Arbeitsmarktes vorhanden ist und infolge wirtschaftlicher Depression in allen Teilen des Wirtschaftsgebietes und bei allen Gewerben Arbeitskräfte entlassen werden. Sicher ist, daß die Behebung der relativen Arbeitslosigkeit durch ein wohlgebautes Netz von Arbeitsnachweisstellen niemals vollständig beseitigt werden kann. Denn es ist nicht möglich, Arbeitskräfte über sehr weite Strecken zu verschieben, um z. B. den Bedarf im Westen des Deutschen Reichs durch überflüssige Arbeitskräfte im Osten zu decken. Aber über gewisse Gebiete ist eine Verschiebung immerhin möglich, und die heute schon bestehende Arbeitsnachweisorganisation hat die Befähigung hierzu schon erbracht.

Neben einer planmäßigen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes erscheint aber zur Behebung der Arbeitslosigkeit ein Eingreifen der öffentlichen Verbände mit Mitteln der Allgemeinheit wohl geboten und zweckmäßig. Die Wege, die man auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung gegangen ist, sind sehr verschieden. Von der einfachen Armenunterstützung angefangen bis zu Notstandsarbeiten, die heute fast alle größeren Gemeinwesen im Interesse ihrer Arbeiterkraft vornehmen. Es ist verständlich, daß in den Zeiten, wo die Sozialversicherung eine so hohe Bedeutung für

unser Wirtschaftsleben und für die Lebenshaltung unserer Arbeiterklasse spielt, man versucht hat, der Arbeitslosigkeit gleichfalls auf dem Wege der Versicherung beizukommen.

Zwei Systeme sind dabei zu erörtern, die besonders in Deutschland ihren Eingang gefunden haben. Das verbreitetste ist das Genter System, das auch von der Arbeiterkraft gern gefordert wird. Das System wurde zuerst in der Stadt Gent eingeführt. Bei diesem System arbeitet die Stadt in Verbindung mit der organisierten Arbeiterkraft. Die Stadt zahlt an jeden Arbeiter, der einer Arbeiterorganisation angehört, die einen Arbeitslosen-Unterstützungsfonds befreit, einen Zuschuß zu der von dem Verband gezahlten Arbeitslosen-Unterstützung. Damit die nicht-organisierten Arbeiter nicht zu kurz kommen, damit vor allem nicht durch die Unterstützung nur der organisierten Arbeiter die nichtorganisierten in die Verbände hineingedrängt werden, hat die Stadt für die nicht-organisierten einen Sparfonds gegründet. Die Stadt zahlt jedem Teilnehmer an dem Sparfonds einen gleichen Zuschuß wie dem organisierten Arbeiter. Dieses System ist an sich nicht auf versicherungstechnischer Grundlage aufgebaut, so daß man es wohl besser als Zuschußsystem bezeichnet.

In Deutschland hat zuerst die Stadt Straßburg i. E. dieses System nachgeahmt. Die Stadt Straßburg zahlt an die organisierten Arbeiter 50 Prozent des Unterstützungsbeitrags des Verbandes, aber höchstens 1 Mark. Die Verbände müssen ihren Arbeitslosen-Unterstützungsfonds getrennt von ihren übrigen Geldern verwalten. Die Kontrolle darüber, ob ein Arbeiter arbeitslos ist, insbesondere, ob ihm nicht Arbeit verschafft werden kann, führt der städtische Arbeitsnachweis. Gleiche Einrichtungen wie in Straßburg bestehen die Vororte Schiltigheim, Bischheim und Illkirch-Gravenstein. Dem Beispiel von Straßburg ist Erlangen gefolgt (1909). Hier wird ein Zuschuß an die Verbände gewährt, daneben besteht eine reine Arbeitslosen-Unterstützung. Mannheim zahlt Zuschuß an die Verbände, Mannheim hat, gewährt Zuschuß an die Verbände und reine Arbeitslosen-Unterstützung an Nichtorganisierte. Berlin-Schöneberg sichert die nichtorganisierten Arbeiter, wie in Gent durch Zuschuß zum Sparfonds; ebenso Freiburg i. B. Im Jahre 1912 hat nach Stuttgart das Genter System eingeführt. Die meisten Berichte über die Wirksamkeit der so eingerichteten Arbeitslosenversicherungen stellen fest, daß bis jetzt vor allem die hochgelobten und gut organisierten Arbeiter den Nutzen hätten, die Einrichtung dagegen bei den ungelerten und nichtorganisierten Arbeitern wenig Anhang und Verbreitung hätte. Diese Feststellung kann nicht wundernehmen, denn an allen sozialen Fortschritten nehmen heute die organisierten Arbeiter, und unter diesen wieder die bestorganisierten in viel höherem Maße teil als die unorganisierte Arbeiterkraft, der vielfach überhaupt die Kenntnis von derartigen sozialen Einrichtungen fehlt.

Ein besonderes System zur Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit bildet das zuerst in Köln eingeführte. 1896 wurde die „Stadt-Kölnische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit“ begründet. Die Kasse ist eine selbständige Anstalt, die aber einen Zuschuß von der Stadt erhält. Hier haben die Teilnehmer Versicherungsbeiträge zu zahlen. Die Bezugsberechtigung beginnt nach 12 Beitragswochen. Die Wochenbeiträge für den gelernten Arbeiter betragen anfangs 45 Pf., für den ungelerten 35 Pf. Da man aber erfahrungsgemäß bei allen derartigen Versicherungen stets mit den schlechten Risiken zu rechnen hat, d. h. gerade die Arbeiter daran teilnehmen, die stets eine gewisse Zeit im Jahre arbeitslos sind, so ist man dazu übergegangen (1911), besondere Gefahrenklassen zu bilden, um auch die guten Risiken hineinzubekommen. Neben den unmittelbar angeschlossenen Mitgliedern sind dieser Kasse noch die rückversicherten Arbeiterverbände angeschlossen. Die Beiträge der Versicherten langten natürlich bei weitem nicht, um die Versicherungsleistungen zu decken, so daß die Stadt über 60 000 M. Zuschuß zu leisten hatte. Auf ähnlicher Grundlage wie in Köln arbeitet die Arbeitslosenversicherungskasse in Leipzig, nur mit dem Unterschied, daß diese Kasse lediglich auf die Beiträge der Versicherten und private Beihilfe angewiesen ist und die Stadt nur die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Nach diesem versicherungstechnischen System arbeiten noch die städtischen Einrichtungen in Schwäbisch-Gemünd und Kaiserslautern. Hier liegt eine Kombination des Kölner und Genter-Systems vor.

Auch die Reichsregierung und die bundesstaatlichen Regierungen haben sich schon des öftern mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung befaßt. Im Reichstag erklärte der Staatssekretär des Innern bei der Arbeitslosenversicherungskasse im Jahre 1908, daß die Frage einer reichsrechtlichen Arbeitslosenversicherung noch nicht zur Entscheidung reif sei. (Die neue Erklärung vom Bundesratstische, die Rede des Staatssekretärs Dr. Delbrück wurde im Reichstagsbericht der letzten Samstag-Morgenausgabe mitgeteilt.) Die bundesstaatlichen Regierungen haben demgegenüber bei Interpellationen in den Kammern erklärt, daß die Arbeitslosenversicherung nur durch Reichsgesetz eingeführt werden könne und im übrigen die Städte bis zu einer derartigen Regelung die Arbeitslosenversicherung übernehmen müßten. In diesem Sinne bilden alle kommunalen Einrichtungen gewissermaßen nur vorübergehende Einrichtungen, die durch eine Allgemeinregelung abgelöst werden.

Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Verbände haben sich auf das eifrigste mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung befaßt. Der Kongress der freien Gewerkschaften in Dresden 1911 forderte die Regelung der Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellte auf Grund eines Reichsgesetzes. Bis zur Einführung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung sei das System der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den

Aus einer elssässischen Kleinstadt.

Bilder und Typen von H. Schade-Deller (Straßburg).

Das Städtchen.

Es liegt lang hingestreckt in einer Talnabe zwischen rauchenden Fabrikschloten, schroff aufsteigenden Bergen, deren Wände und Gipfel sich über den roten Dächern zu schiefen schneien. Dunkle Tannenwälder schneiden ins leuchtende Grün der Matten ein, an den Felsenhängen hängen sich niedrige Bauernhäuser und Weilerhöfen fest. Sie schauen aus glühenden Fenstern gar fröhlich und frei auf die Kleinstadt herab, die tief drunten im Kratze ihrer Berge zu erstrahlen droht. Dem Städtchen sind überall Grenzen und Schranken gesetzt; an jeder Straßenbiegung erhebt sich ein Berg, der den Blick ins Weite versperrt. Aber die Bewohner sind es zufrieden. Sie haben sich ein Theater, eine Badeanstalt und einen Wasserleitungsturm im Rococo-Stil erbaut, und etwas Selbstbewußtes und Würdevolles geht von ihnen aus. Die Häuser, im gestärkten Sonntagsrock, bilden rechts und links von den Straßen Spalier, und die Menschen, die dort aus- und einwandeln, scheinen ewig Halbtrauer zu tragen.

Die moderne Welt, die hier wie in einer Großstadt in Sandstücken und Lasten ausläuft, die kleinen Geschäftsläden und Angestellten, die es den Fabrikherren gleichzutun wollen, reden Französisch; aber von den Arbeitern, Schulkindern und Bauern, die an Markttagen mit langsamem Ochsenwagen ins Städtchen herinfahren, hört man das biedere Elssässisch. Eine lange Hauptstraße zieht sich von einem Ende des Ortes zum andern; nach Norden führt sie zur deutsch-französischen Grenze, während sie nach Süden in die Ebene und das heiß pulsierende Leben einer Großstadt mündet. Die Herzen der Einheimischen sind nach der französischen Grenze gewandt; die wenigen alldutschen Beamten

aber, die im Post- und Bürgermeisteramt angestellt sind, bilden schamlos in die Ebene hinein und hoffen auf baldige Beförderung.

Der Fabrikherr.

Er ist ein reicher Mann, der sich ein Auto und einen Diener halten kann und Deutsch mit einem starken französischen Akzent spricht. Darum ist er im Städtchen sehr angesehen und seine Vorschläge dringen in den Gemeinderats-Sitzungen durch. Seine Wohnung ist ganz in dem alten französischen Stil eingerichtet. Im Salon stehen Louis XVI-Sessel, im Esszimmer Henri IV.-Möbel. Auf dem Büchertisch liegt neben dem „Temps“ und einer elssässisch-nationalistischen Zeitung „Colette Pandoche“, Maurice Barrès' neuer Roman über die Unmöglichkeit einer Ehe zwischen einer Elssässerin und einem Deutschen, sei der Mann noch so gut und edel. Die Tochter des Fabrikherrn hat nach Nancy geheiratet; sein Sohn studiert in der Sorbonne und seine Frau bezieht Kleider und Hüte aus Paris.

An dem politischen Leben seines Landes nimmt der Industrielle keinen teiligen Anteil. Von den Wahlen hält er sich fern, denn er ist ein entschiedener Protestant, und der Kandidat, der die französisch-elssässische Flagge vertritt, ist Zentrumsmann, während der liberale Reichstagskandidat kein wahrer Elssässer mehr ist. So überläßt der Fabrikherr es dem Volk, sich zwischen diesen zwei Abeln für das geringere zu entscheiden.

Der Fabrikherr trägt unter dem Arm ein schweres Buch mit sieben Siegeln. Es ist die ungeliebte elssässische Frage. Nach seiner Meinung sind alle Deutschen Panzermanisten, die dem Elss keine rechte Verfassung geben wollen, die die vornehmste französische Kultur verdrängen und „leur culture“ an die Stelle setzen möchten. Die Träger dieser Kultur sind in Straßburg der Kaiserpalast mit seinem erdrückenden ziegelroten Dach und die modernen Viertel mit ihren Karyatiden und Verschönerungen, denen gegenüber das Rohan-

Schloß und die kleinen Sandsteinpaläste sich behaupten. Freilich — das Münster und die alten gotischen Häuser sind deutsch; doch das hat man in der Familie des Fabrikherrn vergessen. Goethe war ein genialer Geist, nur man liest ihn nicht, und Wagner ist im deutschen Leipzig geboren, aber den hört man in Paris und spricht Tristan und Isolde „Tristan et Isolda“ aus. Ein Verkehr mit den Alldutschen ist unmöglich. Es wäre sogar kompromittierend, sich auf offener Straße mit dem Postdirektor zu unterhalten.

Nur einmal im Jahr öffnet sich im Hause des Fabrikherrn das dem Deutschen sonst fest verriegelte Tor. Monsieur erinnert sich daran, daß er nicht nur nach Paris, sondern auch nach Frankfurt reist. Madame hat ein gutes Abendessen bestellt und aus dem Keller alte Weine herauftragen lassen. Nun warten sie beide im Louis XVI.-Salon. Es klingelt. Der Diener öffnet die Tür, nimmt dem Gast Hut und Überzieher ab und läßt ihn in den Salon eintreten. Es ist der Berliner Händler, der jedes Jahr nach Rittersheim kommt, um in der Fabrik des Industriellen seine großen Einkäufe zu machen.

Madame Reurb.

Sie ist die Putzmacherin und wohnt in einem einstöckigen Haus neben dem alten, steinernen Glockenturm. Jedes Jahr erhalten die Damen des Städtchens eine Visitenkarte, Madame Reurb sei nach Paris abgereist und drei Wochen darauf eine zweite, sie sei mit den neuesten „modèles de Paris“ zurückgekehrt. Sie ist ein gar feilsamer Mensch. Eine Katholikin, die die Protestanten achtet, eine Französin, die im Elss wohnt und doch nie über die Deutschen schimpft, eine Frau, die da meint, das Madonnenbild in ihrer Stube müsse für alle, ohne Unterschied von Land und Konfession daselbst gültig verständende Rache haben.

Sie hat keinen Laden. Durch eine enge Stube, wo ein paar Hüte ausgestellt sind, gelangt man in einen zweiten Raum, in dem gerade Platz für ein Sofa, einen Tisch und

gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Unterstützungen in den Gemeinden zu fordern. Im gleichen Sinne hat sich auch der Parteitag der sozialdemokratischen Partei zu Jena im September d. J. ausgesprochen.

Demgegenüber steht die Äußerung der Arbeitgeber! Auf der soeben stattgefundenen Arbeitsnachweiskonferenz der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (dies ist heute die mächtigste Vereinigung deutscher Arbeitgeber) in Hannover am 7. November d. J. hat die Versammlung sich gegen die Regelung der Arbeitslosenversicherung auf öffentlich rechtlicher Grundlage und gegen ihre Förderung aus Mitteln der Allgemeinheit ausgesprochen.

„Die Konferenz warnt auf das Nachdrücklichste vor den für die Volkswirtschaft verhängnisvollen Folgen, die aus einer Überwindung des Versicherungsgedankens und einer immer weiter gehenden Verminderung der Selbstverantwortlichkeit sich ergeben. Sie wendet sich endlich entschieden gegen die Förderung des sogenannten Genter Systems, weil dieses eine einseitige Stellungnahme zugunsten der Arbeitgebergesellschaft feindlichen Kampfgesellschaften der Arbeiter bedeutet.“

Andererseits hat sich der internationale Kongress gegen die Arbeitslosigkeit auf seiner Tagung im September 1913 für die Arbeitslosenversicherung ausgesprochen, allerdings dabei betont, daß bis jetzt eine definitive finanzielle Lösung der Aufgabe noch nicht gefunden sei und auch die Versuche auf englischem Boden noch nicht so weit abgeschlossen seien, daß man ein endgültiges Urteil sich bilden könne.

Sicher ist, daß das Problem der Arbeitslosenversicherung nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwinden wird. Die Grundsteine für eine eventuelle reichsrechtliche Regelung werden aber heute schon in die Einrichtungen der einzelnen kommunalständischen Arbeitslosenversicherungen gelegt.

Warum der Vatikan nachgibt.

Angesichts der nachdrücklichen Bestrebungen, Frieden zwischen Quirinal und dem Vatikan zu schaffen, untersucht unser römischer Mitarbeiter die Motive, die es dem Papst angezeigt erscheinen lassen, Regierung und Staat in Italien die verhängende Hand entgegenzustrecken; und es kommt zu folgenden interessanten Feststellungen:

Eine neue Generation steht vor dem Papst, die nicht von den Erinnerungen an das Unheiljahr 1870 angekränkt ist, das ihm Rom und den übrigen Rest des alten Kirchenstaates gelöst hat. Diese Generation gibt an, gut katholisch zu sein. Sie will aber auch — und das unterscheidet sie sehr wesentlich von dem früheren Geschlecht — gut italienisch, national sein. Ja, sie ist, wie die mannigfachen Vorgänge bei dem Tripoliskrieg und wie die dauernden Kämpfe Pius' X. gegen die falsche Lehre des Modernismus — recte: Nationalismus — beschuldigten katholischen Blätter des sogenannten Zeitungsstrikes beweisen haben, sogar stark nationalitalienisch, allitalienisch, wettet gegen Frankreich und wettet weit mehr noch gegen Österreich, das erglühende Österreich! Der Heilige Vater weiß mit solchen Herrschaften beim besten Willen nicht viel anzufangen. Denn seine römische Kirche kann doch niemals national, geschweige nationalitalienisch sein, sondern nach wie vor international, oder anational, neutral, sonst würde sie eins ihrer Hauptmerkmale einbüßen. Andererseits ist mit dieser Gesellschaft nicht zu spotten. Wird sie vor den Kopf gestoßen, dann kann ihre tiefen religiösen Untergründe, der auch nicht gerade sehr solide gelegt ist, leicht Erschütterungen erleben, die für den Weiterbestand der Kirche in Italien und damit auch in den anderen Ländern von den verhängnisvollen Folgen begleitet sein könnten. Der Heilige Vater muß also nolens volens das lose Spiel der nationalitalienischen Kräfte von heute mitemachen. Sie will — in einem Lande, wo Politik die Hauptbeschäftigung bildet und oft den Mann ernährt, kein Wunder — gleich den anderen katholischen und antikatholischen Zeitgenossen politisieren, zum Staate Stellung nehmen, was bisher durch das Non expedit Pius' X. verboten war. Wenn da wenigstens auf den Spuren des deutschen Zentrums gewandelt würde! Bewahren! So viel katholische Köpfe, so viele katholische — Parteien! Könnte man fast behaupten. Sie alle predigen mehr oder weniger offen das Los-von-Rom!

zwei Stühle ist. Es duftet hier immer ein wenig nach Rosenkränzen und Weihrauch, so mystisch und weltentrückt, so gar nicht, wie in einem Ruhmocheratelier, wo man Geschäfte machen will. Langsam, ein wenig leuchtend, kommt Madame Neury an; das Haar schon gebleicht, die Hände weiß; aber mit einem Gesicht, auf dem unseres Herrgotts Frieden geschrieben steht.

„Petite, apporte donc les chapeaux!“ „Petite“ ist das Lehnmädchen, das die neuesten Modelle bringen soll. Demgegenüber erkundigt sich Madame Neury nach diesem und jenem und hat für jede Freude ein Rästel und für jedes Leid eine Träne.

Die Güte sind in großen Goldschachteln verpackt und tauchen aus weißen, knisternden Seidenpapieren hervor. Madame Neury nimmt sie vorsichtig in die Hand und fährt fast über die fädelnden Federn und schimmernden Riegel.

„Des modèles de Paris“, sagt sie dann, immer mit derselben Verwunderung und Verehrung, als rede sie von der Kirche und der gütigen Mutter Gottes. Fast scheint es, als möchte sie die bunten Bälle behalten, damit sie ihr im eifrigsten Kleinstädtchen von der leuchtenden Stadt im Herzen Frankreichs erzählen. „Et maintenant —“

Sie ist in die Wirklichkeit zurückgekehrt. Die Güte werden aufprobiert, belästet, geprüft, bis man sich für den Kleinstädtchen entschieden hat.

Dann tritt man aus der kleinen Stube wieder heraus und geht mit einem Pariser Hut fort. Ja — und mit noch etwas, das seltener und wertvoller ist — mit dem ausgleichenden Frieden, der dem stillen Winkel entspringt und auf dem alten Gesicht leuchtet.

La chronique scandaleuse.

Was aus dem Städtchen werden würde, wenn Madame Bippel nicht in ihrem Spegekabinett säße, ist nicht auszu-denken. Sie ist das Gewissen der Stadt. Die Ehrenhüterin. Die Chronikschreiberin. Außerdem verkauft sie die besten

barben: die Unabhängigkeit von dem heiligen Stuhle, auch wenn sie dem Papste tausend Eide des unverbrüchlichen Gehorsams schwören. Sie wollen selbständige Politik, wenn auch katholische Politik treiben. Das ist natürlich in den Augen der Kurie an sich schon eine Sünde wider den heiligen Geist. Sie sind in ihrer überweltlichen Rehrtheit, und das versteht sich bei ihren nationalen Grundfäden für Frieden und Ausgleich zwischen Quirinal und Vatikan. Was tun, spricht der Papst.

Auch in den adligen Familien, die sich bisher zur schwarzen (vaticanischen) Aristokratie rechneten, beginnen sich die Reihen bedenklich zu lichten. Die Herren Söhne können unmöglich alle in der päpstlichen Nobelgarde Unterschlupf finden, zumal hier neuerdings auch deutsche Adlige mit großem Portemonnaie sich als fühlbare Konkurrenz bemerkbar machen. Unter Pius IX. und Leo XIII. war die Geschichte noch kurzweilig. Da war noch ein aristokratischer Zug in der Kolonne. Aber jetzt, unter dem sich fast plebejisch einfach gebenden Pius X. ... zum Sterben. So wächst die weiche Aristokratie und mit ihr der Patriotismus und nicht weniger auch der Radikalismus in den altherwürdigen Häusern, die vor Jahrhunderten der Kirche Päpste und Kardinäle gegeben hatten.

Dann das Elend im niederen Klerus! Der Menschheit ganzer Jauner saht mich an. Der Papst kann die soziale Lage der Kläglichen oder oft gar nicht besoldeten Priester nicht ändern. Seine Kräfte weisen einen wahren horror vacui auf. Der Staat könnte eingreifen. Er muß eingreifen, hofft man im Vatikan. Sonst gibt es ein Ende mit Schrecken. Denn die gefährlichsten Revolutionäre sind nicht die Sozialisten, sondern die ausgehungerten Kleriker.

Wie aber der Staat eingreifen, wird er helfen? Gewiß nicht, wenn der Vatikan verstockt bleibt. Der Antiklerikalismus wächst und wächst zu schauerlicher Höhe empor. Die letzten Wahlen haben es aufs neue bewiesen. Der Liberalismus ist der Damm gegen jenen. Wenn er reißt ... Der Klügere gibt nach.

Deutsches Reich.

* Die Schiffbauindustrie des Reichs. Der Ausbruch des Verbandes Württembergischer Industrieller hat eine Eingabe an die Regierung und die Landstände beschlossen, in der eingehend die Notwendigkeit der baldigen Inangriffnahme der Schiffbauindustrie des Reichs dargelegt und darauf hingewiesen wird, daß angesichts der drohenden wirtschaftlichen Hintanhaltung die Frage einer Rentabilität des Anlagekapitals in den Hintergründen treten müsse. Die Eingabe fordert des weiteren Verhandlungen mit Baden und Hessen über die sofortige Inangriffnahme des Baues einer Wasserstraße auf dem Neckar von Mannheim bis Heilbronn, die Vorlage von Gesetzentwürfen, auf Grund deren die Regierung die Mittel zur Verfügung gestellt werden für die sofortige Inangriffnahme der Neckarschiffbauindustrie ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Einführung der Schiffbauindustrie im Rhein-Rhône-Gebiet und schließlich die schnelle Verwirklichung einer Neckarschiffbauindustrie durch Verwirklichung der Mittel für eine sofortige Inangriffnahme des Baues.

* Die Aberkennung der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst wegen Agitation für die sozialdemokratische Partei ist gegen einen jugendlichen Vertriebsleiter Stöcker des sozialdemokratischen Blattes in Köln ausgesprochen worden, der auch in der sozialdemokratischen Jugendbewegung tätig ist. Der „Vorwärts“ berichtet darüber unter der Überschrift: „Der unwürdige Einjährig-Freiwilligen-Dienst“ geben und beschuldigen ihn. Am 22. Juli kam zu Walter Stöcker in Köln ein Schuttmann. Er ließ sich den Berechtigungsschein Stöckers zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst geben und beschuldigen ihn. Am gleichen Tage schrieb die Erbschaftskommission Köln (Stadt) 2 an Stöcker, daß ihm durch Entscheidung der Erbschaftsbehörde 3. Instanz die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst entzogen und zugleich bestimmt worden sei, daß seine Heranziehung zum zwei- bzw. mehrjährigen Militärdienst im ordentlichen Aushebungsverfahren zu erfolgen hat. Auf die Frage nach den Gründen dieser Maßregel wurde ihm durch den Polizeikommissar seines Bezirks der mündliche Bescheid erteilt, daß ihm die Militärbehörde wegen seiner Agitation für die sozialdemokratische Partei den Berechtigungsschein entzogen habe. Es wurde dabei auf den § 93 der Wehrordnung in Verbindung mit einer Geheimverfügung der zuständigen Ministerialinstanz vom 21. Mai 1905 hingewiesen. Der fragliche Paragraph der Wehrordnung berechtigt die Erbschaftsbehörde zur Entziehung des Berechtigungsscheins, wenn der Betreffende bestraft ist oder beim Dienstvertritt nicht mehr

über die nötige „moralische Qualifikation“ verfügt. Stöcker wandte sich nun an die Kölner Erbschaftskommission. Ein Unterbeamter gab die Auskunft, daß es sich um die moralische Qualifikation im Hinblick auf die agitatorische Tätigkeit für die Sozialdemokratie handelte. Selbstverständlich begnügte sich Stöcker mit dieser Auskunft nicht. Auf Bescheid wurde an das Generalkommando und das Oberpräsidium in Koblenz befragt er folgende Antwort: „Der Befehl des Herrn Kriegsministers und des Herrn Ministers des Innern vom 21. Mai 1895 spricht sich dahin aus, daß derjenige, welcher sich wie Sie in besonderem Maße in staatsfeindlichem Sinne agitatorisch betätigt, die für den freiwilligen Eintritt ins Heer erforderliche moralische Qualifikation nicht mehr besitzt, und daß ihm daher gemäß § 93 Abs. 2 der Wehrordnung die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst zu entziehen ist.“ — Eine weitere Bescheid wurde an das Kriegsministerium vom 25. September wurde nicht beantwortet.

— Zur Einschätzung der Jugendvereinigungen wird uns geschrieben: Über die neuen durch Reim und v. d. Goltz ins Leben gerufenen Jugendvereinigungen läßt heute so mancher oder beurteilt sie. Da dürfte es Teilnahme erregen zu erfahren, wie man 1913 über die in ähnlicher Weise vorbereiteten freiwilligen Jäger urteilte: „Kinder der reichsten Familien strömten herbei und nahmen als Gemeine Dienste; es ist rührend, all die Söhne des Adels und höheren Bürgerstandes von der feinsten Bildung als Gemeine in die zahlreichen Jägerkompagnien eingeteilt zu sehen, wo sie sich selbst belächeln, bewaffnen und besolden; es herrscht ein herrlicher Enthusiasmus.“ In der Tat hat sich die Truppe bewährt. Anfangs von der Linie etwas schief angesehen, gewann sie bald durch Leistungen Achtung; später galt den Vorkämpfern und Regimentskommandeuren der Linie die Zugabe einer Jägerabteilung als fast unentbehrlich.

— Die nächstjährige Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins, die in Freiburg i. N. stattfinden soll, ist auf die Zeit vom 21. bis 23. September festgelegt worden. Auf dieser Versammlung soll ein Aufruf beschlossen werden, der die gesamte evangelische Welt zur Beteiligung an einer Reformationsjubiläumsspektakel-Sammlung für 1917 einladen wird. Als Zweck der Sammlung hat der Zentralvorstand des Gustav-Adolf-Vereins auf Antrag seines Präsidiums, des Geheimen Rats Superintendent a. D. D. Paul, die Förderung der weiblichen Diakonie in allen Gebieten der evangelischen Diaspora bezeichnet.

Rechtspflege und Verwaltung.

Neue Richter- und Staatsanwaltschaften. Der nächste preussische Etat wird wiederum eine nicht unerhebliche Vermehrung der Stellen für Richter und Staatsanwälte bei den Land- und Amtsgerichten beantragen, die erforderlich geworden ist durch den von Jahr zu Jahr steigenden Umfang der Geschäfte. Gegenwärtig beläuft sich bei den Landgerichten und Amtsgerichten die Zahl der Landgerichtspräsidenten auf 96, die der Landgerichtsdirektoren auf 397; außerdem besteht beim Amtsgericht Berlin-Mitte eine Stelle für einen Amtsgerichtspräsidenten. Landrichter und Amtsrichter sind gegenwärtig in Preußen 5179 tätig; die Zahl der Ersten Staatsanwälte beläuft sich auf 96, die der Staatsanwälte auf 417.

Parlamentarisches.

Eine nationalliberale Anfrage, betreffend die Erbschaftsfrage. Der nationalliberale Abg. Marquardt hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: „Mit dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß bis jetzt noch keine Erbschaftsfrage durch das Reichsversicherungsamt zugelassen worden ist, so daß diese Klassen, selbst wenn die Zulassung im Laufe des Monats Dezember nach erfolgen sollte, nicht mehr in der Lage sind, ihre Mitglieder rechtzeitig instand zu setzen, den nach § 515 der Reichsversicherungsordnung erforderlichen Nachweis beizubringen, um das Ruben ihrer Rechte und Pflichten bei den Orts- und Betriebskrankenkassen beantragen zu können und damit die Mitgliedschaft bei den Erbschaften zu erhalten? Beabsichtigt der Herr Reichsanwalt zur Überwindung der Übergangsfristigkeiten von der im Einführungsgebot zur Krankenversicherungsordnung vorgeschriebenen Ermächtigung Gebrauch zu machen und die Erbschaften bis zum 30. Juni 1914 als gleichberechtigte Träger der Krankenversicherung gelten zu lassen oder wenigstens den Erbschaften eine angemessene Frist nach Zulassung zu gewähren? Schriftliche Antwort genügt.“

Heer und Flotte.

— Die Grundheilegung zum Soldatenheim in Döberitz wurde dieser Tage daselbst vor dem Städt des Truppenlagers vom Vorstand des Ostdeutschen Jünglingsbundes vollzogen. Es wird das erste Soldatenheim, das er auf den Truppenübungsplätzen des Ostens unseres Vaterlandes errichten läßt. Die Baukosten betragen 122 000 M., die durch jahrelange Sammlungen des Ostdeutschen Jünglingsbundes aufgebracht wurden. Für die Einrichtung des Heims, die

Der Tourist.

Er studiert in Strassburg; aber alle Sonntage bemüht er die frühesten Jäger, um Wälder und Papiere zu vergessen und in die Hügeln hinauszuwandern. Um 9 Uhr ist er angekommen. Wie eng ist das Städtchen, wie leer die Straßen, wie drücken die Dächer! Der Tourist merkt es nicht. Jeder Sonntag ist für ihn ein Festtag. Seine Augen leuchten so hell wie die Sonne auf den Dächern, und das junge Blut freit und pocht in dem jauchzenden Herzen.

Ein Spielmann geht an ihm vorüber und streckt die Hand aus. Der Tourist zieht einen Nidel aus der Tasche: „Grüß Gott“, sagt er und geht seines Weges weiter. Vögel fliegen über seinem Haupt, aus den Gärten duftet der Flieder, und eine große Liebe, eine unendliche Sehnsucht erfüllen sein Herz. Aber den Häusern und Fabrikschloten stehen die Berge mit ihren hellen Matten und dunklen Wäldern und winken und locken. Zu dem Gipfel wird er steigen und von der Grenzhöhe aus die Kammlinien machen, und immer auf der Höhe bleiben und ins weite, sonnenüberflutete Land hinaus schauen. An einem stillen Plätzchen zwischen Blumen und Gräsern wird er sich lagern, sein Nängel vom Rücken schmalen und sein Mittagbrod essen und Trumen für die Vögel austreten. Dann wird er weiter wandern, durch die einsamen Höhen, an wild aufgeführten Felsen und jäh abtänzenden Bergwänden vorbei, und überall wird die Welt voller Klang und Blau sein.

Im Gedanken daran werden seine Augen noch heller, seine Schritte fester. Jetzt kommt er an dem kleinen Spegekabinett vorbei und grüßt Madame Bippel, die auf der Treppe steht. Sie schaut ihn verwundert nach und ruft ihrer Tochter lachend zu:

„Wie e mol, Pina, do geht wider e Strassen mit dem Ruckfädel.“

Der Tourist hat es nicht gehört. Er wandert still aus dem engen Städtchen hinaus — auf die freien Höhen.

abgehalten werden soll. — Die Kostenüberschreitung der Betriebsgesellschaft beim Kurjaalumbau mit etwa 13 000 M. soll anerkannt werden, falls der Stadt 10 Prozent der Tageskasseneinnahme sowie eine Befreiung von dem Moortiefenverbot dergestalt zugewilligt wird, daß die Stadt nicht mehr das Moor nachweist, sondern nur noch für jeden Kubikmeter Moor im Rahmen des bisherigen Vertrags 1 M. bezahlt.

Ht. Hofheim i. L., 10. Dezember. Der Schreiner Heinrich Geriet in einer hiesigen Möbelfabrik mit den Händen in die Hobelmaschine, deren Messer ihm schwere Verletzungen zufügte.

Ht. Cronberg, 10. Dezember. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl siegte der Kandidat der vereinigten Liberalen, Landwirt Heinrich Krieger, mit 184 Stimmen über den bisherigen sozialdemokratischen Stadtverordneten Braubach, der 139 Stimmen erhielt.

Aus der Umgebung.

Aus dem Mainzer Stadtparlament.

3. Mainz, 10. Dezember. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, für das neue städtische Krankenhaus eine besondere Krankenhausbeurteilung zu bilden. Bei dieser Gelegenheit teilte der Beigeordnete Dr. Mühl mit, daß die von ihm und dem Geh. Medizinalrat Dr. Reisinger veranstaltete Sammlung zum Radiumankauf den Betrag von 60. bis 70 000 M. ergeben hätte. Die Bevölkerung von Mainz habe eine große Opferwilligkeit gezeigt. Mit einer Gesellschaft in Wien soll nun wegen des Kaufs von Radium ein Vertrag abgeschlossen werden. Der Stadt würden keinerlei Unkosten entstehen. Den Spendern sprach der Beigeordnete besten Dank aus. Die weiteren Gegenstände der Tagesordnung waren nicht von besonderem Interesse.

Verband preussisch-hessischer Lokomotivführer.

Frankfurt a. M., 10. Dezember. Auf Einladung der Frankfurter Ortsgruppe des Verbandes preussisch-hessischer Lokomotivführer fand hier eine Versammlung statt, in der Stellung zur Gehaltsfrage genommen wurde. Die Gehaltsverhältnisse der Lokomotivführer sind, so führte der Referent Bornemann (Köln) aus, in den letzten Jahrzehnten im Verhältnis zu anderen Beamtengruppen schlechter geworden. 1887 standen die Lokomotivführer gehaltsmäßig gleich mit den Bahnhofsbeamten. Heute stehen sich diese um 1500 Mark höher als die Lokomotivführer. Von 1873 bis 1907 blieb das Anfangsgehalt der Lokomotivführer auf 1200 M. stehen. Auch die verschlechterten Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse haben die wirtschaftliche Lage der Beamtenkategorie ungünstig beeinflusst. 20 1/2 Prozent des Lokomotivführerdienstes werden heute von Heigern ausgeübt, die trotz ihres verantwortlichen Dienstes nicht volle Bezahlung erhalten. Die vielfach verbreitete Meinung, daß der Lokomotivführer ein reichliches Nebengehalt habe, ist irrig. Die Nebenzüge sind schlechter geworden; 1909 hatten noch 46,76 Prozent der Lokomotivführer ein Nebengehalt von 800 M., heute erreichen nur 35,93 Prozent diesen Betrag. In einer Resolution ersuchte die Versammlung den Hauptvorstand, bei der angestrebenden Verbesserung der Einkommensverhältnisse zu betonen, daß wenigstens die Auszahlung des Nebengehaltes in fester Form nach den bei der Gehaltsreform 1908 von dem Minister gegebenen Versprechungen stattfinden.

Auch ein Abreißbuch.

Ht. Frankfurt a. M., 10. Dezember. Von einem hiesigen Tierzuchtverein wird ein — Hund abreißbuch geführt, in das die Hunde und deren Eigentümer geschrieben werden. Jeder auf diese Weise berechnete Hund trägt eine vom Verein ausgestellte Marke mit Nummer am Halsband. Wenn sich ein Hund nun mal verläuft, dann weist das Kennzeichen ihn aus, worauf der Verein die Rückführung des Tieres zu seinem Herrn veranlaßt.

Die Weihnachtsskizze.

Ht. Frankfurt a. M., 10. Dezember. Ein verlockendes Angebot macht die Wirtschaft „Zum Anker“ im Vorort Hausen den Mitgliedern ihrer Weihnachtsskizze. Nach der Teilung, die am Samstag stattfindet, vereinigen sich die Später zu einem Gänseessen, bei dem jedes Mitglied eine ganze gebratene Gans erhält. Wenn die ganze Gans für manchen nur nicht etwas zu groß ist. — Abends verteilt die Kasse die ausgetheilten Zinsen an gute, brave Kinder, eine recht nachahmenswerte Einrichtung.

F.C. Frankfurt a. M., 10. Dezember. Das Konfessionarium der Kauf- und Rindmehrer der Fleischerinnung Frankfurt a. M. verbreitet ein Flugblatt an die Käufer am Frankfurter Viehmarkt, in dem es sich über den Handel ohne Gewähr, wie er dort üblich ist, beschwert. Das Flugblatt weist darauf hin, daß überall in der Welt der Verkäufer eine Garantie für die verkaufte Ware übernehmen muß, während die Viehhändler am Frankfurter Markt diese Gewähr weit von sich weisen. Kauf- und Rindmehrer fordern alle Interessenten auf, gegen dieses Verhalten Front zu machen. — Prinz Joachim von Preußen, der zwei Tage zum Besuch des Prinzenpaares Friedrich Karl von Hessen hier gewohnt hatte, ist Mittwochmittag nach Berlin zurückgekehrt.

Aus dem Ederthalperengebiet, 10. Dezember. Nachdem die dem Untergang geweihten Dörfer Verich und Pringhausen nunmehr völlig von ihren Bewohnern verlassen sind und die letzteren zum Teil in den neuen Dörfern Neu-Verich und Neu-Pringhausen ihre Wohnstätten aufgeschlagen haben, sollen die Ruinen der beiden alten Dörfer als Objekt einer militärischen Übung dienen. Wie verlautet, wird Militär in den Tagen des 16., 17. und 18. Dezember die beiden Ortschaften in weitem Umkreis absperren und dann erfolgt die Sprengung der alten Gebäude samt den Kellergeböden durch Pionierabteilungen. Die Nachricht, daß auch ein Luftschiff an dem Zerstörungswerk beteiligt sei, bestätigt sich nicht.

Sport und Spiel.

* Pferderennen zu Autuill, 11. Dezember. Prix de la Porte Dauphine. 3000 Franken. 1. S. Wengers Souver. (Espinafle), 2. Saffia, 3. Harry de Windt. 146:10; 38, 18:10. — Prix de Saint Georges. 4000 Franken. 1. A. Balle's L'Etang la Ville (H. Williams), 2. Germinette, 3. Eribe Tout 2. 26:10; 18, 50:10. — Prix Delat. 10 000 Franken. 1. Ch. de Brède Grand Duc (Barfremont), 2. Rapo, 3. Univers. 51:10; 32, 35:10. — Prix Pauls-Gras. 5000 Franken. 1. Sol Joels Prince de Normandie (Bowers), 2. Truxotio, 3. Mlapool. 37:10; 19, 27, 28:10. — Prix Trocadero. 5000 Franken. 1. A. Veil-Picards Prince

Christian (Barfremont), 2. Kamrei, 3. Zobure. 20:10; 13, 12:10. — Prix Cap. 4000 Franken. 1. G. Lepetit L'Inde (Ched Bowers), 2. Murier, 3. Buteau. 21:10; 18, 52:10.

sr. Camille Jenay. Der auf so tragische Weise bei einem Jagdausflug bei Brüssel ums Leben gekommene Camille Jenay hat besonders im Automobilsport eine große Rolle gespielt. Schon als Zwanzigjähriger war er als Konstrukteur tätig. Seinen ersten großen Erfolg errang er für deutsche Farben durch den Sieg im 4. Gordon-Bennett-Rennen 1903 in Irland auf einem Mercedeswagen. Im 5. Gordon-Bennett-Rennen bei Bad Homburg im Taunus mußte er sich mit dem 2. Platz hinter Thery begnügen. Größere Erfolge hatte er dann erst wieder im Jahre 1910 in Ostende zu verzeichnen.

* Die Niederlage des englischen Vagabondchampions. In London hat seit dem berühmten Vorkampf zwischen Jack Johnson und Jim Jeffries kein Vorkampf mehr eine solche Aufregung hervorgerufen wie der Kampf zwischen dem englischen Champion Wells, dem Schwergewichtsbörger, und dem französischen Champion Carpentier. Bei dem Vorkampf zwischen Wells und Carpentier wurde Wells in 70 Sekunden in der ersten Runde geschlagen, noch ehe er wußte, was überhaupt geschah, und ehe er überhaupt zur Verteidigung gelangte. Wells selbst war geradezu erschüttert und weinte bitterlich. Im Saal herrschte höchster Unruhe gegen ihn, da er Favorit war und da klar auf ihn gewettet worden war. Man ist erbittert, daß England gegen den französischen Altsen keinen besseren Mann in den Ring stellen konnte und daß England in seinem nationalen Sport keine Siege mehr erringt.

* Dabos, Geburtsstätte und Hochschule des Wintersports. Unter diesem Titel ist im Verlag von Dr. Hugo Bollath in Leipzig ein mit 42 Bildern geschmücktes Buch aus der Feder des Wintersportkristallers Walter Hammer erschienen. Hammer ist vor 10 Jahren vom Schweizer Wintersport ausgegangen. Er empfiehlt dem deutschen Wintersportler noch einige Zeit in Dabos in die Schule zu gehen und sich von Einseitigkeiten der Münchener Wintersportgemeinde zu befreien.

Neues aus aller Welt.

Der Löwe ist los. Berlin, 10. Dezember. In dem Aufnahmestadium einer großen Filmfabrik auf dem Tempelhofer Feld hat sich bei der Aufnahme eines neuen Kinodramas eine aufregende Szene abgespielt, die jedoch gut abließ und des sonstigen Beigeschmacks nicht entbehrt. Bei dem Drama tritt auch ein Löwe in Erscheinung. Seine Partnerin war eine bekannte Berliner Schauspielerin. Die Künstlerin begab sich, nachdem sie die erste Angewohnheit übernommen hatte, in den Käfig, wurde aber, als der Löwe verdächtige Bewegungen machte, wieder von Angst ergriffen und floh aus dem Käfig, wobei sie versagte, die Tür des Käfigs zu schließen. Diese Gelegenheit benutzte das Tier, um aus dem Käfig zu entweichen. Der Zuschauer bemächtigte sich eine Panik und alles entfiel. Der Löwe kletterte sich aber laut um die Künstlerin, sondern machte sich mit Teppichen zu schaffen, die darauf herumlagen. Einige Angestellte kamen auf den Gedanken, dem Löwen mit einer Wasserströme zu Leibe zu gehen, was einen großartigen Erfolg hatte. Die Bestie zog sich wie ein begoffener Bube in den Käfig zurück.

Eine Bombenbombe. Trebnitz, 11. Dezember. Der Kreis Trebnitz wird seit einiger Zeit von einer Bombe heimgegriffen, deren Mitglieder sich die Zerstörung der Fensterhäuser von Kirchen, Schulen, Pfarrhäusern, Gastwirthshäusern und anderen, insbesondere öffentlichen Gebäuden zum Ziel gesetzt haben. In etwa 20 Ortschaften ist dieses Verbrechen bereits ausgeführt worden, ohne daß es bisher gelungen wäre, die Täter zu ergreifen. Künneke hat der Landrat auf ihre Verhaftung eine Verhaftung von 300 M. ausgesetzt.

Der Hungerstreik des „Bankiers“ Kärger. Berlin, 11. Dezember. Im Moskauer Untersuchungsgefängnis hat der Hungerstreik des „Bankiers“ Kärger dadurch sein Ende erreicht, daß die Gefängnisverwaltung mit der zwanzeinstündigen Ernährungs Kärger begonnen hat. Kärger wurde auf diesem Zweck in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses gebracht, wo ihm in Gegenwart von zwei Ärzten und drei Bäckern Eier, Speise und Milch eingefloßt wurden. Kärger lehnte dieser Prozedur keinen Widerstand entgegen.

Deutscher Reichstag.

Ein interessanter zweiter Etatsdebattentag.

Berlin, 11. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Der Reichstag verhandelte heute bereits seit 11 Uhr über den Etat. Zunächst hörte er eine recht gute Rede des Gläffers Rüdlin. Wichtig war die Mitteilung, daß eine Statthalterkrisis nach der ersten Reichskanzler-Rede bestanden hat. Erst in Donauersingen ist diese Krisis beseitigt worden. Sehr erfreulich war die Bemerkung, daß durch die Haltung des Reichstags die Gläffers neues Vertrauen zum deutschen Volk gewonnen haben. Dann begann die zweite Garnitur der Redner zum Etat; im allgemeinen eine verbesserte Auflage dieses. Nur der Sozialdemokrat Hoch, der ja als Radikalführer bekannt ist, machte eine unruhigende Ausnahme. Seine Äußerungen hatten nicht einmal den Reiz der Neuheit. Herr Erzberger hatte heute einen recht guten Tag. Er schloß entschieden den Vogel ab. Sehr würdig schritt er in den Fußtapfen seines Fraktionsgenossen Fehrenbach, der nach des Redners Meinung die ganze Fraktion hinter sich gehabt hat. Der Kanzler hat nach Erzbergers Meinung das Vertrauen des deutschen Volkes in der Hauptsache verloren und an ihm selber sei es, die nötigen Folgerungen aus der Haltung des Reichstags zu ziehen. Sehr scharf bekämpfte er den Grafen Westarp, der geradezu ein militärisches Faustrecht verübt habe. Der süddeutsche freisinnige Abgeordnete Dr. Gaußmann verurteilte sich heute auf dem Parkett der Balkanpolitik, aber trotz der selbstgefälligen Zurechtweisung, in der er sprach, wirkten seine Ausführungen nicht recht. Im übrigen tadelte er natürlich ebenfalls sehr scharf die Haltung des Kanzlers und auch gegen die häufige Abwesenheit des Kaisers von Berlin wandte er sich. Der braunschweigische Bundesratsvertreter Geh. Rat Boden unterstrich dann im wesentlichen die Äußerung des Kanzlers zur braunschweigischen Frage. Den National-Liberalen warf er einen gelinden Unfall vor. Der Kriegsminister erwiderte einiges auf die Äußerungen Gaußmanns, aber er konnte noch immer nicht die militärische Geheimnisfrämerie bezüglich der militärischen Strafen und militärischen Maßnahmen aufgeben. Zum Schluß nahm der nationalliberale Abgeordnete Dr. Baasche das Wort, der recht viel schärfer sprach als Herr Boffermann und im wesentlichen mit Herrn Erzberger übereinstimmte.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 11. Dezember.

Am Bundesratsitz: die Staatssekretäre v. Jagow, Straeffe, Dr. Delbrück, Dr. Bischoff, Rühl.

Der Platz des Abg. Dove (Bpt.) ist aus Anlaß seines 60. Geburtstages mit einem Rosenbusch geschmückt.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung zum

Etat.

Abg. Dr. Rüdlin (Elsässer):

Graf Westarp hat gestern von Reichstagsmitgliedern gesprochen, die die Zaberner Bevölkerung dem Militär gegenüber sich habe auszuweisen kommen lassen, er hat aber nicht den Schatten eines Beweises dafür erbracht und somit die Zaberner Bevölkerung schwer beleidigt.

Niemand in Zabern ist wegen Beischimpfung oder Beleidigung unter Anklage gestellt worden. Die Darlegung der Militärverwaltung steht nicht im Einklang mit der der Zivilbehörden.

(Große Unruhe. — Der Präsident bittet wiederholt um Ruhe.) Die Definition über die Selbsthilfe der Offiziere, die uns vom Regierungsbüch gegeben worden ist, war mir neu. Ich habe bis jetzt noch nicht gewußt, daß das Militär einen Staat im Staate bildet. Weshalb man den Staatssekretär Born von Bulach angreift, verstehe ich gar nicht; er ist in dieser Angelegenheit der Unschuldige. Die elsass-lothringische Regierung wird im dortigen Landtag noch zur Verantwortung gezogen werden. Mit der konservativen Himmelwetterpolitik ist bei uns nichts anzufangen. Die mag man in Ostelbien lassen. Dem deutschen Reichstag sind wir Elsässer dankbar dafür, daß er in dieser schweren Stunde auf unsere Seite getreten ist. Das wird das elsässische Volk niemals vergessen. Öffentlich wird nach diesen trüben Tagen die Sonne schön und verheißungsvoll über den Reichslanden scheinen. (Beifall bei den Elsässern.)

Abg. Hoch (Soz.):

Der Zustand des Gewaltregiments in Zabern und die Übergriffe der Offiziere haben allgemeine Erbitterung im Volk hervorgerufen. Anstatt daß der Reichskanzler hier erklärt hätte, es sei unerhörtes gegeben, für angemessene Bestrafung werde gesorgt werden, stellt sich Herr v. Bethmann-Hollweg hin, um die Ausschreitungen des Militärs zu entschuldigen. (Hufschreie bei den Soz.) Der Präsident rügt diese Rede als durchaus unparlamentarisch. Nicht nur den Ruf des Königs, sondern auch den Ruf des Bürgers hätte er schämen müssen. Das Mißbilligungsvotum haben wir nicht angenommen, um dem Reichskanzler eine Waise zu antun, wir wollten die Sicherheit, daß derartige Ausschreitungen für die Zukunft nicht mehr vorkommen werden. Für den Reichskanzler schien die Sache erledigt zu sein; für das Volk brauchen wir sie noch lange nicht erledigt.

Leider sind wir nicht in der Lage, den Reichskanzler fortzuführen, wie es sein mußte.

(Bravo! bei den Soz.) Der Kaiser war zu jener Zeit wieder einmal nicht in Berlin, der Reichskanzler hatte keine Verbindung mit ihm. Das Bestehen einer Nebenregierung wird bestritten; sie besteht aber doch und sie wird Zustände heraufbeschwören, wie sie sich in den Vorgängen von Zabern gezeigt haben. Wir haben kein Militär für das Volk, sondern gegen das Volk. Die Himmelwetterpolitik ist die des Bombardats; ein solcher Mann kann gar nicht die Arbeiter gerecht behandeln, weil er ihre Bedürfnisse nicht versteht. Auch für die Nachsprechung treffen diese Behauptungen zu; wenn z. B. im Rupp-Prozess nicht ein Direktor von Krupp, sondern ein armer Teufel angeklagt gewesen wäre, so wäre das Urteil ganz anders ausgefallen. Von Parität kann auch da keine Rede sein. Der deutsche Arbeiter will den Frieden, und seinem Verdienst ist es zuzuschreiben, daß der Friede aufrecht erhalten wurde. Das deutsche Volk läßt sich nicht unterdrücken. Der eine Weg ist die Revolution, wenn wir zu russischen Zuständen kommen. Für das Vaterland wäre es aber besser, wenn wir durch Reformen auf verfassungsmäßigem Wege zu anderen Zuständen kämen, die es den Arbeitern ermöglichen, in Frieden ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Der Fall Zabern zeigt aber, daß eine Welt zwischen uns und der Regierung liegt. Was zum Wohle der Allgemeinheit dient, hat stets bei uns Sozialdemokraten Unterstützung gefunden. (Beifall bei den Soz.)

Abgeordneter Erzberger (Str.):

Der Reichskanzler hat die ganze Zaberner Affäre auf eine recht leichte Schulter genommen. Darin können wir ihm nicht beistimmen. Die ganze Zentrumsfaktion und die Partei Rehen hinter der Rede des Abgeordneten Fehrenbach. Der Reichskanzler und Graf Westarp haben aber den ganzen Hauptpunkt verschoben. Es handelt sich hier nicht um einen Eingriff in ein schwerwiegendes Verbrechen. Dagegen müssen wir protestieren. Der Ruf des Königs mußte unter allen Umständen respektiert werden; aber auch die Verfassung und die Reichsgesetze. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Schaden, den die Rede des Kriegsministers angerichtet hat, kann nur wieder gut gemacht werden, wenn der Reichskanzler hier erklärt, auch das Militär untersteht dem Recht und Gesetz, sonst ist der militärische Willkür Tür und Tor geöffnet. (Zurufe bei den Soz.) — Vizepräsident Baasche: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. — Zuruf bei den Soz.: Das fördert die Debatte! (Heiterkeit.) — Vizepräsident Baasche: Die Anordnungen des Präsidiums zu kritisieren, muß ich mir verbitten.

Was Graf Westarp hier ausgesprochen hat, als er die Ausführungen des Kriegsministers unterstrich, war nichts anderes als die Proklamierung des militärischen Faustrechts. Wir müssen diese Anschauungen eines konservativen Mannes aufs tiefste bedauern. Der Auslegung der Bedeutung des Mißtrauensvotums von konservativer Seite können wir nicht zustimmen, ebenso wenig aber der von sozialdemokratischer Seite. Die Anschauung haben wir bei Einführung der Mißtrauensvotums nicht gehabt, daß dadurch in den politischen Verhältnissen nichts geändert werden sollte. Es ist selbstverständlich, daß ein Volk, das politisch mündig wird, nicht bloß regiert werden will von der hohen Bürokratie. Auch Fürst Bismarck hat sein Verbleiben im Amt davon abhängig gemacht, ob eine große nationale Partei einem wichtigen Gesetzentwurf zustimmt oder nicht. Aus dem Mißtrauensvotum wird so viel, wie der deutsche Reichstag aus ihm macht. (Sehr richtig!) Nun zum Etat. Vom Reichskanzler hätten wir erwartet, daß er uns sagt, worin die Spar-

Samkeit, für die er so warm eintrat, sich zeigen soll. Der Wehrbeitrag ist der große Referendums für das Heer bis zu dem Jahre 1916. Der neue Etat hält in den Einnahmen nicht das, was versprochen worden war. Die Ausgaben steigen und die Einnahmen nehmen nicht in dem vorgesehenen Maße zu, sondern sind stehen geblieben. Die Überschüsse sind daher im Abnehmen begriffen.

Wir wünschen die Schaffung eines Ausgleichsfonds für das Reichswehrministerium.

Der außerordentliche Etat zeigt ein erfreuliches Bild. Mit der Behauptung der Sozialdemokraten, daß das Reich für Kulturzwecke nichts tue, können wir uns nicht einverstanden erklären. Wundern müssen wir uns über das stetige Anwachsen der Beiträge für Offiziere. Wir erwarten, daß das Dispositiv genau so ausgeführt wird, wie es im Etat enthalten ist. Der Reichsfanzler mag endlich dem Wunsch des Reichstags nachkommen, und den unmoralischen Duellzwang beseitigen. Ein Wort des Kaisers genügt, um diese Unsitte aus der Welt zu schaffen. Tausende von Katholiken werden von der Offizierslaufbahn ausgeschlossen wegen des Duellzwangs. Die Wehrkraft des Volkes würde dadurch nur gefördert.

Die breiten Massen des Volkes wollen keine Eroberungspolitik.

(Zurufe bei den Sozialisten.) Der Präsident Dr. Paasche bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen. Ohne Zwischenruf wird es manchmal zu langweilig. (Weiterkeit.) Nur kleine Gruppen wollen eine Eroberungspolitik. Der Marineetat hält sich im gewöhnlichen Rahmen. Der Kolonialetat beansprucht immer noch erhebliche Zuschüsse. Müssen die Schutztruppen in der bisherigen Stärke beibehalten werden? Bezüglich der Diamanten-Regie muß die Budgetkommission prüfen, ob das Budgetrecht des Reichstags gewahrt ist. Will man Erbschaften machen, so müssen bei den öffentlichen Bauten alle Luxusausgaben streng gestrichen werden.

Was der Reichsfanzler zu dem Schuß der Arbeitswilligen gesagt hat, war nicht sehr viel; große Hoffnungen habe ich nicht.

Was man verlangen muß, ist, die scharfe Anwendung der heute bestehenden Gesetze zu vermeiden. Durch Stärkung der christlichen Gewerkschaften läßt sich schon der sozialdemokratischen Bewegung entgegenwirken und der Terrorismus beseitigen. Erst Selbsthilfe, dann staatliches Eingreifen. Bei der Bekämpfung der höheren Beamtenstellen scheinen die Katholiken benachteiligt zu werden, und zwar systematisch. (Sehr richtig im Zentrum.) Parität ist auch hierin nötig. Es gibt noch einen Weg zur weiteren Entwicklung neben dem vom Abgeordneten ausgesprochenen, und das ist der Weg der Gerechtigkeit, wie wir es von jeher in dem Grundgesetz befolgten: Justitia fundamentum regnum! (Beifall im Zentrum.)

Braunschweig. Bundesratsbevollmächtigter Boden:

Ich möchte mich kurz über die braunschweigische Frage äußern. Das Land Braunschweig hat die frühere provisorische Ordnung seiner Verhältnisse durch nahezu drei Jahrzehnte hingenommen unter Zurückstellung seiner eigenen Wünsche und mit einer Loyalität, in die niemals der geringste Zweifel zu legen war, vom ersten bis zum letzten Tage. Es hat daher die Genußnahme über die endgültige Lösung der Frage, und zwar die sympathische Art dieser Lösung, das Land mit Freude erfüllt. Nicht nur die Tatsache, daß die Lösung erfolgte, sondern wie sie erfolgte, erfüllte uns mit Genugtuung.

Wir sind dem Reichstag dankbar dafür, daß er die Behandlung der Frage so entschieden unter dem Gesichtspunkt des Rechts angesehen hat.

Es handelte sich hier um eine selbstverständliche Förderung der dauernden Wohlfahrt und des inneren Friedens eines monarchisch regierten selbstständigen Landes. Braunschweig war stets loyal zum Reich und zu Preußen und hat ein Fürstentum, dessen Loyalität unter allen Umständen feststeht. (Beifall im Zentrum.) Irrendes zweifeln sind nicht gegeben. Das Wort Verdrossenheit darf in diesem Zusammenhang nicht vorkommen, wenn davon gesprochen worden ist. Der Reichsfanzler trägt hierfür die Verantwortung. So kann ich damit schließen, daß wir diese Verantwortung gern auf uns nehmen in der Überzeugung, daß alles, was vom Reichsfanzler als Grundlage der braunschweigischen Verhältnisse konstatiert worden ist, die absolute Wahrheit in sich schließt, daß die endgültige Lösung dem Wohl unseres Landes wie des Reichs entspricht. (Beifall im Zentrum.)

Abgeordneter Haußmann (Wpt.):

Das Institut der kleinen Anfragen hat sich sehr gut bewährt; es erleichtert uns unser Arbeiten außerordentlich. Angerufen ist, daß trotz der Krise es nicht zu kriegerischen Verhandlungen gekommen ist. Das beweist, daß das Friedensbedürfnis stärker ist.

Der Dreibund hat keine Niederlage erlitten und die Politik unseres Auswärtigen Amtes hat sich durchaus bewährt.

Volk, Parlament und Regierung sind sich bei uns einig in dem Verlangen, den Dreibund beizubehalten. Der Kanzler erkennt dankend an, daß die Londoner Konferenz in der Wahrung der europäischen Interessen solidarisch gewesen sei. Das ist vorteilhaft für die Haltung der öffentlichen Kritik beim Abschluß des Kongressabkommens, wo alles möglichst ungenügend und lüdenhaft hingestellt wurde. Wir wollen hoffen, daß unsere Regierung in Zukunft uns möglichst gute Verträge für Deutschland abschließt. Es scheint jetzt der Augenblick für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gekommen zu sein. Noch wichtiger für uns ist aber eine Verständigung mit England, und wir sollten uns nicht gegen die Vorläufige bezüglich einer Pause in der Flottenvermehrung sträuben. In China muß Deutschland Vertreter haben, die mit den dortigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen genau vertraut sind. Darauf sollte das Auswärtige Amt mit besonderer Aufmerksamkeit achten.

Unser Verhältnis zu Dänemark ist leider durch einen neilschen Polizeigeist böswillig getrübt worden.

Deutschland sollte bei den skandinavischen Völkern Sympathie sammeln. Die braunschweigische Frage ist durch die Rede des Reichsfanzlers und die Erklärung des braunschweigischen Bundesratsbevollmächtigten in ein Stadium ruhiger sachlicher Erörterung geleitet worden. Den Herrn Kriegsminister frage ich, ob es richtig ist, daß den elbischen Mecklenburgern ein Wehrdienstverbot verweigert und erst auf höhere Befehl wieder erteilt worden ist, sodann über Zabern, ob die Garnison entzogen werden wird oder nur ein Wehrdienstverbot im Regiment eintreten soll? Das Mißtrauensvotum gegen den Reichsfanzler war notwendig. Das hat auch heute wieder das Zentrum anerkannt. Der Reichsfanzler fordert einen Kontakt zwischen Zivil- und Militärbehörde, hat aber nichts getan, um den Kontakt mit dem Reichstag wiederherzustellen. Das Mißtrauensvotum ist dazu da, der Regierung die Ansicht des Reichstags zum Ausdruck zu bringen, und seine

Bedeutung wird um so größer, je wichtiger die Angelegenheit ist, um die es sich handelt. Hier handelt es sich aber um eine Frage des Rechts und der Verfassung. Der Reichsfanzler ist nicht machtlos in dieser Lage. Er kann das mangelnde Vertrauensverhältnis zum Reichstag bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck bringen, und wenn es zum Konflikt kommen sollte und der Reichstag aufgelöst werden sollte, dann würden die Parteien der Rechten sehr verringert werden. Die Konservativen würden auf Grund des Tones, den Graf Westarp hier angeschlagen hat, dezimiert werden. (Lachen rechts.)

Der Reichsfanzler hat sich in diesen Tagen seiner Rolle, über Militär- und Zivilbehörde zu stehen und zu vermitteln, nicht gewachsen gezeigt zum Schaden des Reichs.

Es hat sich hier nicht um einen Sturm gegen die kaiserliche Gewalt gehandelt. Die Rechte des Parlaments müssen ausgedehnt werden. Damit ist noch nicht das parlamentarische Regiment beschlossen. Dies befürchtete man auch, als die Öffentlichkeit beim Militärtribunalverfahren beschlossen wurde. In diesem Augenblick, wo die oberste Reichsgewalt, der Reichsfanzler, versagt hat, ist der Reichstag eingesprungen, und wir können unseren Wählern mitteilen, daß sich der Reichstag das Verdienst erworben hat, für die staatsverhaltende Rechtseinheit einzuspringen; gerade auch dann, wenn die Militärbehörden und das Hauptquartier solche Fehler macht, wie wir es in dieser Woche so schmerzhaft erfahren haben. (Beifall.)

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Der elbisch-löhringische Abgeordnete Nollin hat von der Entziehung der Jagdscheine im Elsfeld gesprochen, die der Kriegsminister den Ausländern auferlegt habe. Ich habe darin nichts getan; es handelt sich vielleicht um meinen Vorgänger. Er meint, dies sei nicht geschehen mit Rücksicht auf die Sicherheit des Reichs, sondern weil die Offiziere die Franzosen und Schweizer als Konkurrenten bei der Jagdpachtung betrachten. Diese Bemerkung wollte ich nur niedriger hängen. (Große Unruhe.) Der Vorwurf richtet sich gegen den, der ihn ausgesprochen hat.

Was den Wehrdiensturlaub der elbischen Mecklenburger betrifft, daß er verweigert und erst auf Befehl von höherer Stelle ihnen wieder erteilt worden sei, diese Frage muß ich verneinen.

Es ist dies ja auch bereits in der Presse zu lesen gewesen. Betreffend die Zaberner Garnison habe ich keinen Anlaß, diese Frage zu erörtern. Die ganze Angelegenheit befindet sich noch in der Schwebe, und so lange die Sache nicht geklärt ist, kann über diese von maßgebender Stelle aus nichts erklärt werden. (Unruhe und Lachen links.)

Abgeordneter Dr. Hertel (kons.):

Es ist hier vom Vorredner mit Nachdruck gesagt worden, wenn der Reichstag aufgelöst würde, würden wir dezimiert werden. Warten wir dies ruhig ab. Ich hoffe, wir werden etwas stärker werden. (Große Heiterkeit. Lachen links.) Diejenigen sollten doch nicht so sehr lachen, die durch nachlässige Hilfe hier in den Reichstag eingezogen sind. (Sehr richtig rechts.) Wenn uns der Vorwurf gemacht wird, wir hätten die neuen Steuern den breiten Massen auferlegen wollen, so erinnere ich die Linke daran, daß auch sie einen großen Teil der Lasten durch indirekte Steuern aufbringen wollte. Man sollte endlich mit der kindischen Behauptung aufhören, als ob wir der Regierung die Mittel nicht bewilligen wollten.

In einer französischen Zeitung las ich gestern, es sei bewiesen, daß Italien nicht mehr das alte Vertrauen gegen Deutschland hege.

Die Dame Italien wird auf Extratouren verzichtet, die ihr zu teuer werden und bei denen sie von ihrem Tänzer im Schilde gelassen wird, wenn sie zusammenbleiben müssen. (Weiterkeit.) Der Freundschaft zu Rußland und England treuen wir uns, auch daß die Beziehungen zu Frankreich fest sind. England will ja Verträge mit uns schließen, bei denen natürlich für England etwas herauspringen soll. Mit Frankreich sind unsere Beziehungen korrekt. In der französischen Presse gibt es allerdings noch wirkliche Schabernacke, und besonders ein Blatt, das der dortigen Regierung nahe steht, hat uns in diesen Tagen wieder mit Brebenwürdigkeiten überschüttet. Über die braunschweigische Frage will ich mich nicht äußern. Ausführlich werden wir im preussischen Landtag darüber sprechen. Die Zaberner Sache hängt auch mit wie dem Abgeordneten Erzberger zum Halse heraus. Unser Standpunkt in dieser Frage wird von gewissen radikal-liberalen Kreisen geteilt. Ich höre keinen Widerspruch. (Große Heiterkeit.) Auch im Zentrum sind manche Herren, die nicht den Standpunkt ihrer Fraktion teilen. Gesetzesverletzungen haben wir nicht begangen. Wir würden uns freuen, wenn von der ganzen Sache keine Mitteilung zu vernehmen wäre. Der Wert des so. Mißtrauensvotums wird von den einzelnen Parteien verschieden beurteilt, wir tun hier nicht mit.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß man in parlamentarisch regierten Ländern schlimmere Erfahrungen macht als in konstitutionellen Staaten.

Wenn die Sozialdemokratie entsprechend ihrer Erklärung mit dem Reichsfanzler nicht mehr zusammenarbeiten will, so wäre das nicht tödlich, sondern das Klügste, was sie tun könnte. Wir wollen das Koalitionsrecht nicht antauchen, halten aber ein besonderes Gesetz für notwendig. Die Sozialpolitik darf sich nicht daran erschöpfen, die Interessen der Arbeiter zu wahren, sondern die des Mittelstandes. Auch in der Landwirtschaft sieht es schlimm aus. Die Kartoffel- und Viehzucht haben einen Tiefstand erreicht, wie kaum zuvor. Der Reichsfanzler wird sich Dank und Vertrauen erwerben, wenn er in der Schaffung des Zusammenflusses der schaffenden Stände die Führerrolle übernimmt. (Beifall rechts.)

Abgeordneter Dr. Paasche (natl.):

In so ernstigen Fragen, wie sie zur Zeitzeit uns hier betreffen, sollte man doch nicht einen so leichten Ton anschlagen, wie es der Vorredner getan hat, um die Lächer auf seiner Seite zu haben. (Sehr richtig links.)

In der Zaberner Angelegenheit stehen wir auf dem Standpunkte, den wir in der vorigen Woche zum Ausdruck gebracht haben.

Ein Mißtrauensvotum in dem Sinne, wie es die Sozialdemokraten wollen, haben wir nicht beabsichtigt. Wir wollen auch keine Schwierigkeiten bei der Kabinetsberatung machen. Aber die Behandlung der Angelegenheit durch den Reichsfanzler war derart, daß wir es ihm nicht ohne Widerspruch hingehen lassen können. Die militärische Selbsthilfe muß ausbleiben. Wir haben ein Volksgesetz, das seinem Führer nur dann folgen wird, wenn es Vertrauen hat zu seiner Tüchtigkeit.

(Beifalliges Bravo!) Wir sind stolz auf unser Volksgesetz; Disziplin und Autorität müssen gewahrt werden.

Die Disziplin wird aber nicht von jungen Schneligen Leuten gewahrt, sondern durch das gute Verhältnis zwischen Polizei und Wehrführern.

Dann sind wir gefichert vor Gefahren, vor denen uns das Schicksal bewahren möge. (Beifalliges Bravo!) Wir haben nicht eingegriffen in ein schwebendes Verfahren, sondern ein politisches Urteil abgegeben. (Beifalliges Zustimmung.) Gegen die Rechte des Kaisers haben wir nicht Front gemacht; wir wollten aber auch die Rechte des Reichstags wahren. Der Reichstag ist kein Haufen Steine, sondern ein lebendiger Körper. Wenn unseren Beschlüssen vom Bundesrat nicht Folge gegeben wird, so ist das keine Achtung vor dem Reichstag. Auch hier muß der Reichstag einmütig zusammenstehen.

Der Forderung der Vereinfachung des Duellzwangs stimmen wir zu.

(Beifalliges Bravo! im Zentrum.) Wir begrüßen es, daß es dem Schatzsekretär gelungen ist, die Schuldenlast weiter zu verringern. Unsere Industrie steht heute nicht schlechter da als in anderen Ländern. Wir haben festgehalten an dem bewährten Grundsatz unserer Finanzpolitik, dadurch ist die Schuldenlast des Reichs herabgesetzt worden, während Frankreich große Anleihen aufnehmen muß. Unsere Wünsche bezüglich der Altpensionäre usw. werden sich in solchen Grenzen halten, daß sie von unserer Finanzverwaltung getragen werden können. Unser Kolonialetat ist nicht sehr schlecht. Wir sehen überall eine gesunde Weiterentwicklung. Die Unterstützung der deutschen Schulen im Ausland begrüßen wir; ein übereiltes Vorgehen in dieser Frage wäre nicht am Platze. Bei vollster Wahrung der Koalitionsfreiheit und unter Ablehnung aller Ausnahmegeetze muß die Frage geprüft werden, ob der Arbeitswilligenentschluß ausreicht. Die Regelung der braunschweigischen Frage begrüßen wir mit Freuden. Die Verhältnisse haben sich eben im Laufe der Jahre geändert. Irrendes zweifeln sind nicht gegeben. Cumberland auf Hannover bestehen nicht mehr. (Beifalliges Bravo!)

Darauf wird vertagt. In einer persönlichen Bemerkung wendet sich Dr. Nollin gegen den Kriegsminister, dem gegenüber er sich diesen Ton verleiht; der Minister habe in den letzten Tagen nichts gelernt (Lärm), um den Reichstag in Berlin von dem Kaiserhof in Zabern zu unterscheiden. (Beifalliges Beifall.)

Nächste Sitzung Freitag, vormittags 10 Uhr. Anfragen, Maßnahmen gegen die Pest, Weltausstellung in San Francisco, Fortsetzung der Etatsberatung und Interpellation der Sozialdemokraten, betr. Rüstungskommission. Schluß nach 6 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Zu den Vorfällen in Zabern.

Das Urteil gegen die Zaberner Rekruten.

Strasbourg, 11. Dezember. Das Urteil gegen die drei Rekruten vom 99. Infanterieregiment in Zabern, die sich heute vor dem Straßburger Militärgericht zu verantworten hatten, lautet gegen Henk wegen Ungehorsam in zwei Fällen auf sechs Wochen Mittelarrest, gegen die beiden anderen Angeklagten wegen Ungehorsams auf drei Wochen Mittelarrest. Der Anklagevertreter hatte gegen Henk sieben Monate und gegen die beiden anderen je drei Monate Gefängnis beantragt.

Strafantrag gegen den Redakteur Mard.

Strasbourg, 11. Dezember. Wie wir hören, hat das Generalkommando den Artikel des „Journal d'Alsace-Lorraine“ vom 5. Dezember d. J., in welchem der Redakteur Markus Mard, mit richtigem Namen Eugen Jung aus Schiltigheim, die falsche Anschuldigung erhoben hat, von einem Offizier vor dem Broglies Kasino beleidigt und geschlagen worden zu sein, der Staatsanwaltschaft übergeben.

Bundesratsbeschlüsse.

Wb. Berlin, 11. Dezember. Der Bundesrat überwies den zuständigen Ausschüssen die Rechnung über den Haushalt des Schutzgebiets Krautach für das Rechnungsjahr 1908, die Änderung der Grundstücke für die Besetzung von Beamtenstellen mit Militärangestellten, die Übergangsbestimmungen zur Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung, die Änderung des Statuts des kaiserlichen archäologischen Instituts. Die Wahl von Mitgliedern des Reichsgesundheitsrats wurde vollzogen. Angenommen wurde der Entwurf einer Vorschrift zur Änderung der Schiffvermessungsordnung, der Entwurf des Versorgungs- und Pensionsstatuts der Reichsbahnbeamten, mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsbahndirektoriums für 1914, die Vorlage betr. ein Abkommen mit Bulgarien wegen Anerkennung der Identitätszeichen an Warenmarken, die von Handelsreisenden eingeführt werden, eine Vorlage betr. Anordnung pensionsberechtigter Dienstzeit bei den Marineverführern.

Ein Gesetzentwurf zu einem neuen Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgabengesetz.

Wb. Berlin, 11. Dezember. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Im Ministerium des Innern ist ein Gesetzentwurf, betr. Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes, aufgestellt worden, der das Abgabewesen der Gemeinden und weiteren kommunalen Verbände, der wirtschaftlichen Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte entsprechend, fortzubilden sucht. Da einzelne Vorschriften die besonderen Interessen der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie betreffen, und es erwünscht ist, den beteiligten Kreisen vor der binnen kürzester Frist bevorstehenden endgültigen Beschlußfassung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wird ein Auszug des Entwurfs in der ersten Beilage der heutigen Nummer des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht.

Zum Streik der Studierenden der Zahnheilkunde.

++ Berlin, 11. Dezember. Nun haben auch die Berliner Studierenden der Zahnheilkunde den Streik beschlossen. Alle am jährlichen Institut arbeitenden Studenten haben sich schriftlich verpflichtet, von morgen ab nicht mehr zu arbeiten. Heute findet eine Versammlung statt, in der über weitere Schritte, insbesondere über eine Audienz beim Kultusminister sowie über die Fortführung des Streiks beraten werden soll.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Edelherz-Druckerei gegründet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Geruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Hg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleglohn. — 2. — vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, einschließlich der Reichspost. — Bezugs-Verordnungen nehmen außerdem entgegen. In Wiesbaden der Vertriebsstelle des Tagblattes, sowie die Abgabestellen in allen Teilen der Stadt, in Wiesbaden die Vertriebsstelle des Tagblattes und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Kostenlos-Preis für die Leser: 15 Hg. für lokale Ausgaben im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einzelnen Exemplaren, 30 Hg. in denen abweichender Sachverhalte, sowie für alle übrigen lokalen Ausgaben; 30 Hg. für alle auswärtigen Ausgaben; 1 Hg. für lokale Ausgaben; 2 Hg. für auswärtige Ausgaben. — Kammer, Kasse, Brief, Brief und Brief, durchgehend, nach beiderseitiger Verständigung. — Bei wiederholter Aufnahme unbenutzter Ausgaben in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblattes: Berlin SW. 61, Zeitower Str. 16, Fernspr. Amt Lützow 5788. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorbestimmten Tagen und Plätzen nach freier Gewerbe übernommen.

Freitag, 12. Dezember 1913.

Abend-Ausgabe.

Nr. 580. • 61. Jahrgang.

Die Unterstreichung des Mißtrauensvotums.

○ Berlin, 11. Dezember.

Der Reichskanzler hat es sich, wie man immer deutlicher sieht, zu seinem eigenen Schaden unerlaubt bequem gemacht, als er das „sogenannte“ Mißtrauensvotum vom 4. Dezember als eine Sache behandelte, um die er sich nicht weiter zu kümmern brauche. Zwar die Auslegung, die Herr Scheidemann diesem Mehrheitsbeschluss gab, konnte von den Vertretern der bürgerlichen Parteien in der Reichsversammlung nicht gebilligt werden, aber ein Nichts oder sonst irgendein Ding, das, wie es Graf Westarp gestern ausdrückte, nur in die Reichstagsprotokolle gehört, ist der Beschluss der 293 doch wahrhaftig nicht und soll er nach ihrem Willen auch nicht sein. Die Bedeutung des heutigen dritten Tages der Staatsberatung liegt vor allem darin, daß die Redner der bürgerlichen Mehrheit, Herr Erzberger, Herr Kaufmann und zuletzt Herr Baasche, ihre vollkommene Übereinkunft mit dem Reichskanzler zum Ausdruck brachten, daß das „sogenannte“ Mißtrauensvotum eine sehr ernste Angelegenheit ist, mit der nicht gescherzt werden darf, über die am allerwenigsten in dem abstoßend saloppen Tone des Mannes mit der weißen Weste gesprochen werden darf. Der Abgeordnete Dertel, der sich heute wiederum und nicht erfolglos darum bemühte, das Haus durch seine Scherze (manchmal sind sie gut, meistens aber schlecht) zu belustigen, wird mit seinen konservativen Freunden den Schaden noch beheben, wenn es erst so weit kommen sollte. Soll es aber nicht dahin kommen, dann wird der Reichskanzler wohl daran tun, andere Saiten aufzuziehen. Der Abgeordnete Erzberger fand ein treffendes Wort für eine doch wirklich klare und nur dem Verständnis der Regierung wie der Rechten sich entziehende Sachlage, als er gegen die höhnische Neugier des Grafen Westarp, was denn nun aus dem Mehrheitsbeschluss werden solle, die Feststellung setzte: „Es wird das daraus werden, was der Reichstag daraus machen wird.“ In der Tat, so ist es, und das sahen in anderer und in sehr eindrucksvoller Weise auch die Abgeordneten Kaufmann und Baasche. Es ist wirklich nicht die Schuld des Reichstags, wenn die Folgen des Mehrheitsbeschlusses vom 4. Dezember schärfer ausfallen sollten, als es wirklich gemeint war, als es wenigstens von den bürgerlichen Fraktionen in der Mehrheit gemeint war. Die Absicht ging doch nur dahin, Herrn v. Bethmann-Hollweg in dieser einzigen Zäheren Sache die verdiente Mißbilligung auszusprechen. Treibt es aber der Kanzler so weiter, dann wird er sich nicht wundern dürfen, wenn sich der Reichstag auf seine Befugnisse doch auch kräftiger besinnt. Es war besonders der nationalliberale Redner, der diese Entwicklung sehr nachdrücklich in Aussicht stellte und mit genügender Deutlichkeit erklärte, der Reichstag werde sich keine Nichtachtung gefallen lassen, wie sie bisher in der Behandlung der beschlossenen Resolutionen, namentlich zum Militärstatut, so oft gezeigt worden sei. Was Herr Baasche dann noch dem Herrn Kriegsminister in Sachen der Schneidigkeit zu sagen hatte, wird sich dieser nicht gerade hinter den Spiegel stecken. Der Gleichklang der drei Reden aus dem Zentrum und den beiden liberalen Fraktionen stellt die heutige Beratung ebenbürtig und würdig neben die vortägliche Interpellationsbesprechung. Der Kanzler sollte immer bedenken, daß am 4. Dezember auch nach Abzug der sozialdemokratischen Stimmen 183 Mitglieder den 54 konservativen gegenüberstanden.

Der verantwortliche Kanzler.

Unter dieser Überschrift erörtert in der neuesten „Silke“ Friedrich Naumann die durch Zäheren und das Mißtrauensvotum aufgeworfene Frage nach der staatsrechtlichen Verantwortlichkeit des Kanzlers. Naumann kommt dabei zu dem folgenden Schluss:

Der Kanzler kann sagen, daß ihm die Mehrheitsmeinung gleichgültig sei, da er ein Diener des Königs von Preußen sei und als solcher den Reichskanzlerposten übernommen habe. Aber ob dem König von Preußen als Kaiser und als elch-lothringischem Landesfürsten die Stimmung auch auf die Dauer gleichgültig sein kann, ist eine etwas andere Frage. Es gibt Erinnerungen an den November 1908 und an frühere schwere Tage der Dynastie. Man wird in hohen Regionen sicherlich nicht lebenswürdig vom Reichstag sprechen und wird sich einreden, daß er nichts zu sagen habe, aber schließlich bleibt doch die Tatsache, daß es keine Fürsten ohne Völker gibt und keine Generale ohne Steuerzahler. Diese Tatsache verleiht der Mehrheitsmeinung ihre Macht, und zwar um so mehr, je entschiedener die Mehrheitsparteien an ihrem Beschlusse festhalten.

Es muß eine erkennbare Änderung des Elstern Militärfurors eintreten und der Kriegsminister muß den Rückweg zur Staatsbürgergestimmung oder den Ausgang ins Freie finden. Dafür ist der Reichskanzler verantwortlich. Will oder kann er in einer oder in beiden Richtungen nichts leisten, so muß ihn die Budgetkommission des Reichstags mürbe machen, bis er es lernt oder geht. Einen anderen Weg besitzt die Volksvertretung nicht. Diesen aber muß sie gehen, wenn die schöne, glänzende Rede des Abgeordneten Fehrenbach einen praktischen Sinn haben soll.

Die Garnisonveränderungen.

Ms. Kassel, 11. Dezember. Den hiesigen „Neuesten Nachr.“ wird „von zuverlässiger Seite mitgeteilt“, daß die folgenden Garnisonveränderungen am 1. April 1914 eintreten werden: Das hiesige 1. Oberbayerische Infanterie-Regiment Nr. 167 tritt in den Verband des 15. Armeekorps ein und wird mit seinen beiden Kassen Bataillonen nach Zäheren im Elch in Garnison gelegt, während das andere dritte Bataillon, welches jetzt in Mühlhausen in Thüringen in Garnison steht, nach Palsburg zu liegen kommt. Das bisher

in den beiden obigen Garnisonen gelegene Infanterie-Regiment Nr. 99 kommt nach St. Wold und Meß in Garnison, während das in diesen beiden Garnisonen liegende Infanterie-Regiment Nr. 173 dem 11. Armeekorps in Kassel einverleibt wird und die beiden ersten Bataillone nach Kassel und das dritte Bataillon nach Mühlhausen in Thüringen in Garnison zu liegen kommen. — Auf Anfrage an zuständigen militärischer Stelle wurde mir mitgeteilt, daß von diesen auffallenden Garnisonverlegungen hier bis jetzt noch nichts bekannt sei.

Ein „Zäherer Vorfall“ vor 15 Jahren.

Landesberg, 12. Dezember. Ein „Zäherer Vorfall“ ereignete sich vor etwa fünfzehn Jahren auch in Landesberg. Ein Handwerksmeister namens K. begegnete, wie die „Neumark. Ztg.“ berichtet, in der Neuen Straße einem sehr jungen Offizier, der sich den Schnurrbart strich, und K. konnte nicht umhin, darüber eine Bemerkung zu machen, die zwar nicht beleidigend war, den Offizier immerhin aber verdrießen konnte. Der Offizier wandte sich um und der Handwerker, der natürlich wußte, daß es ihm galt, flüchtete in ein Haus am Marktplatz. Der Leutnant stellte ihn dort und fragte ihn, ob die Redensart von vorn ihm gegolten habe. Auf die Erwiderung Ks. es sei sonst niemand in der Nähe gewesen, zog der Offizier den Säbel und schlug K. mehrmals über den Arm. Der Vorfall verursachte natürlich Aufsehen und es entstanden Prozesse. Im Zivilprozeß wurde der Leutnant denn auch zur Schadenersatzleistung an den Handwerker verurteilt. Der Handwerker freilich verlor in der Folge seine Behördenfunktionschaften.

Die deutsche Militärmission.

Ein bevorstehendes Trade.

* Konstantinopel, 12. Dezember. Das türkische Kabinett wird vor Ankunft des Generals Duman von Sanders und der deutschen Militärmission ein kaiserliches Trade veröffentlichen, das sich klar und deutlich über die dem deutschen General zu übertragenden Funktionen und die den deutschen Instruktoren zufallenden Obliegenheiten auslassen wird. Das Kriegsgericht und die übrigen Militärgerichte sowie alle Fragen in den Befestigungsplänen Konstantinopels werden vom Militär-Gouverneur von Konstantinopel, der stets ein Türke sein wird, geregelt werden.

Der russische Protest.

* Paris, 11. Dezember. Die Note, welche Botschafter v. Giers in der vorigen Woche dem Großvezir überreichen sollte, aber infolge neuer Instruktionen zurückhielt, soll seither nach einer Meldung aus Konstantinopel eine für Deutschland und die Bforte weit angenehmere Fassung erhalten haben.

wb. Konstantinopel, 11. Dezember. Es heißt, der Marineminister Mahmud-Pascha werde zum Generalstabschef des ersten Armeekorps mit der Eigenschaft eines Beirats der deutschen Militär-

Fenilleton.

Residenz-Theater.

Donnerstag, den 11. Dezember: Dritter Kammer-Spieltag. Gastspiel Max Bahrhammer, zum erstenmal: „Der Vater.“ Trauerspiel in 3 Akten von August Strindberg. Verbeutlicht von Schering.

Das Residenz-Theater machte in der verflossenen Saison mit Strindbergs „Gläubigern“ bekannt, in denen der Dichter den uralten Satz, daß der Mann Hammer sein müsse, wollte er nicht Amboss werden, mit einer faszinierenden Subjektivität behandelte. Vor Jahren wurde im alten Residenz-Theater Strindbergs „Totentanz“ aufgeführt, jener Höllenschild, aus dem die rote Lohr des Hasses dem Zuschauer fessend entgegenblitzte. In schauerlichen Bildern hat Strindberg gezeigt, bis zu welcher Graue das sogenannte Ebenbild Gottes sich verzerren kann, wenn in dem engen Weineinander einer unglücklichen Ehe die Geschlechter in erbittertem Kampf mit allen Mitteln erbarmungsloser Bosheit sich messen. In solcher Ehe, sagt der Dichter im „Vater“, ist auch das Kind ein verdammendes, zwischen Vater und Mutter vermittelndes Glied, vielmehr bietet dessen Existenz den kultivierten Vätern erst recht taufendfachen Anlaß, die Raubtiergähne ineinander zu schlagen. Nachdem die erste Liebe erstorben war, hätten die Väter (des Stüdes) vielleicht mit Ergebung in das Unvermeidliche, wie so viele andere, gleichgültig nebeneinander bestehen können; aber da kam das Kind und damit die Eifersucht auf dessen Liebe. Mit fanatischer Wut belauerte der eine seinen Feind, den der andere auf das Kind gewann. Die kleinen Händchen des unschuldigen Geschöpfes schürten den allmählichen Haß, der zur offenen Feindschaft wurde, als die

Frage der Erziehung und Zukunft des Kindes auf wurde. Es handelt sich jetzt nicht mehr um die Liebe, sondern nur noch um die Macht. Die Frau greift an. Sie verzählt ihrem Mann das Leben, gerührt bewußt sein Nervensystem, entfremdet ihn seinen Freunden, treibt ihn so systematisch zum Wahnsinn und will ihn entmündigen lassen. Dennoch hätte sie ihr Ziel vielleicht nicht erreicht. Da verzählt sie auf die teuflische Idee, ihrem Mann Zweifel an seiner Vaterschaft zu suggerieren. Hierauf war er nicht gefaßt, dieser infernalische Streich fällt ihn endgültig.

Während Jfen verkündet, daß die Frau in der Durchschnittsform das erniedrigende Dasein einer Puppe führe, freilich Strindberg mit gellender Stimme in alle Winde, das Weib sei Feine Märtyrerin, sie verführe den Mann mit ihren sinnlichen Teufelskünsten und raube ihm dann seinen Geist, seine Stärke, seine Männlichkeit, wie Dampfsäule dem Geratzen. Für Strindberg ist die Frau der Qualgeist, der Vampir, sie ist der geborene Feind des Mannes, weil sie in ihm den Herrn sieht, der sie jahrelangsdelang in ihren Rechten beschränkt hat. Sicher ist, daß in allen Ehen die Machtfrage von Zeit zu Zeit angeschnitten wird, dann gibt der Schwächere oder Klügere nach. Vernünftige Menschen, die wissen, was sie wollen und es gut miteinander meinen, finden auch bei ernstesten Disharmonien schließlich eine Basis, auf der sich leben läßt. Freilich eignet sich nicht jeder für die Ehe, nicht jeder ist der Frau gewachsen. — Es ist so schwer, den falschen Weg zu meiden, es liegt in ihr so viel verborgenes Gift, und von der Arznei ist's kaum zu unterscheiden. — Gelingen tun sie uns ja ganz gern alle ein wenig und wir lassen es uns gutmütig gefallen, tun, als merkten wir's nicht und spielen mit. Die Frau von Takt kennt die Grenze. Strindbergs „Vater“ ist eine in ihrem Entsetzen geborene groteske Vision. Er nimmt Möglichkeiten für allgemeine

Tatsachen. Wenn auch in jeder Frauenseele (wie überhaupt in jeder Menschenseele) die Triebe zum Bösen heimlich eingeschlossen sind, so bleibt es doch eine wahrnehmbare Überbetreibung, die Frau als die große Verderberin schlechthin zu bezeichnen. Natürlich kann niemand für sich garantieren; auch dem Wäber ist es nicht an der Wiege gesungen worden, daß er eines Tages Menschenblut vergießen würde. Je nach Disposition und Umständen kann der seelische Organismus der einen oder anderen völlig vom Bösen unterjocht werden und es wird immer Frauen geben, denen die Vernichtung von Männern eine herrliche Lust ist. Die Verallgemeinerung Strindbergs ist eine fixe Idee, eine Art von Befessenheit.

Wenn Mann und Frau einmal auf dem Standpunkt angelangt sind wie dieser Vater und diese Mutter, dann kann es nur noch einen Kampf bis aufs Messer geben. Die Entwicklung, die Strindberg seine Menschen nehmen läßt, ist von einer unheimlichen, unbeirrten Konsequenz. So grausig der Stoff an sich beruht, so ist doch die Klarheit des Aufbaues, die straffe Linienführung, die scharfe Charakteristik der Personen und der bohrende Tiefinn des Dichters unbedingt zu bewundern.

Herr Bahrhammer spielte den „Vater“ als Gast und zeigte in der Gestaltung der schwierigen Rolle sein hier schon bekanntes gediegenes Können. Wenn er in den ersten Akten die tragische Gestalt des Rittmeisters durch Herausarbeiten einzelner Züge und reichere Nuancierung vielleicht noch interessanter machen und uns menschlich hätte näher bringen können, so war er im letzten Akt in den erschütternden Wahnsinnsjahren auf anschaulicher künstlerischer Höhe und erzielte eine tiefgehende Wirkung. Die Leistung von H. Bahr als Götter verdient volle Anerkennung. Hervorzuheben ist die individuelle Färbung, die ihr gut gelang, und die Konsequenz, mit der sie die einmal eingeschlagene Linie verfolgte.

mission ernannt werden. Sein Nachfolger im Marineministerium soll der gegenwärtige Kommandant des ersten Korps Dschamal werden. — Der russische Botschafter v. Giers hatte heute nachmittag eine Unterredung mit dem Großwesir in dessen Wohnung.

Die erste Kammer Sitzung unter dem neuen Kabinett.

Das Vertrauensvotum.

Wb. Paris, 11. Dezember. Nach Eröffnung der Sitzung verlas Doumergue die Erklärung des Kabinetts (wir teilten sie in der gestrigen Abend-Ausgabe mit), die von der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, besonders bei der Stelle über die Kammermajorität. Von der Rechten und vom Zentrum kamen Zwischenrufe. Die Steuermaßnahmen riefen bei den Sozialisten Beifall hervor, bei der Rechten Protestrufe. Im Zentrum und bei der Rechten fand besonders die Stelle über das Dreijähriges Gesetz Beifall. Das Zentrum und ein Teil der Linken äußerten bei der Stelle über die auswärtige Politik Beifall. Der Schluss der Erklärung wurde nur auf der Linken mit Beifall beantwortet, das Zentrum, die Rechte und die Sozialisten schwiegen. Die Regierung erklärte sich bereit, mehrere eingebrachte Interpellationen sofort zu beantworten.

Der radikale Violette, der erste Redner, billigte die Erklärung des Kabinetts, die erfreulich sei, besonders wegen der angefügten allmählichen Rückkehr zu einem Militärdienst von geringerer Dauer. Die republikanische Partei, sagte der Redner, erwarte nach langer Erklärung und die Vereinigung komme wieder, welche die unter der Äsche der Beruhigung glimmenden Feindschaften verpasse. — Briand nahm dann unter allgemeiner Aufmerksamkeit die Verantwortlichkeit für diese Politik der Beruhigung für sich in Anspruch und fügte hinzu, er habe Waldeck-Rousseau und Combes, deren Politik der Verwirklichung des Unterrichts er unterstützte habe, verteidigt. Briand verteidigte ferner das längere den Gedanken einer Politik der Linken, die allein der Republik würdig sei, und versicherte mit Feuer, daß er es gemeint sei, der als erster eine Politik der Verführung der Republikaner versucht habe. Weiter sagte er, wenn das Dreijähriges Gesetz als unnötig angesehen wird, muß es abgelehnt werden. Briand wiederholte, er und seine Freunde seien für eine Politik der Versöhnung, aber das Kabinett müsse sich über die Frage der nationalen Verteidigung, besonders über seine Stellung zum Dreijähriges Gesetz, klar äußern. — Joseph Reinach fragte, ob die Regierung über das Dreijähriges Gesetz ebenso denke wie Clemenceau oder wie Jaures. — Der Sozialist Vaillant, der das Dreijähriges Gesetz als ein Verbrechen bezeichnete, wurde dafür zur Ordnung gerufen. — Der Ministerpräsident Doumergue erklärte, er sei willens, eine Politik der Vereinigung der Linken ohne Zweideutigkeit durchzuführen. Die Regierung werde für Ideen und nicht gegen Personen kämpfen. Zu dem Dreijähriges Gesetz sagte er, die Dauer des Dienstes sei kein Dogma, aber Gesetz sei Gesetz, er würde es loyal anwenden. Allein die Notwendigkeit, das Vaterland zu verteidigen, sei für ihn ein Dogma. Die finanziellen Folgen dieses Gesetzes müßten von dem erworbenen Reichtum getragen werden. — Im weiteren Verlauf der Debatte sagte Lefebvre, die große Majorität der Kammer erkenne die Notwendigkeit der Anleihe an. Er forderte eine Tagesordnung, daß keine fremde Anleihe in Frankreich emittiert werden dürfe, bevor die französische Anleihe zustande gekommen sei. — Painlevé brachte eine Vertrauensvotum ein, der Lefebvre einen Zusatz über die Anleihe anfügen wollte. — Caillaux äußerte sich zu der Zurückziehung der Anleihe und sprach für die Deduktion der außerordentlichen Ausgaben durch Ausgabe von kurzfristigen Schatzscheinen, aber die Regierung werde sich nicht für den von Lefebvre verpflichten, sondern solle ihre Freiheit behalten.

Die Kammer nahm nach langer lebhafter Debatte die von dem republikanischen Sozialisten Painlevé eingebrachte Tagesordnung, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und sie aufgefordert wird, eine Politik der Reformen mit Hilfe einer ausschließlich republikanischen Mehrheit zu verfolgen, mit 283 gegen 187 Stimmen an. — Darauf wurde über die Priorität des von der Regierung zurückgewiesenen Zusatzantrages Lefebvre abgestimmt, wonach die Zulassung aller neuen fremden Anleihen zur Börsennotierung verweigert werden solle, bis das Parlament die Deduktion der außerordentlichen Militärausgaben bewilligt habe. Die

Priorität wurde mit 283 gegen 214 Stimmen abgelehnt. (Lebhafter Beifall links.) — Sodann wurde über den von der Regierung genehmigten Zusatzantrag des radikalen Cloué abgestimmt, wonach die finanziellen Hülfsmittel des Landes zunächst dem nationalen Bedarf gewährt bleiben mögen. Der Zusatzantrag Cloué wurde mit 350 Stimmen gegen 304 Stimmen angenommen. — Hierauf wurde die gesamte Vertrauensvotum mit 302 gegen 141 Stimmen angenommen.

Die Regierungserklärung im Senat.

Wb. Paris, 11. Dezember. Im Senat verlas Justizminister Viviani die Regierungserklärung, die von der Linken, besonders von Clemenceau, mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die Sitzung wurde nach Verlesung der Regierungserklärung geschlossen.

Briand — Führer der Opposition.

Wb. Paris, 12. Dezember. Als das bemerkenswerteste Ereignis der gestrigen Kammer Sitzung wird vielfach das Eingreifen des früheren Ministerpräsidenten Briand hervorgehoben, der offenkundig die Rolle eines Führers der Opposition übernommen habe.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser hörte Donnerstagmorgen im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Kriegsministers, Generalleutnants v. Falkenhayn, des Chefs des Generalstabes der Armee, v. Moltke, und des Chefs des Militärkabinetts, Freiherrn v. Bunder. Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow trifft am 18. Dezember in Stuttgart zur Audienz bei dem König ein.

* Kaiser und Reichsfürst an den Begründer der A. G. O. Emil Rathenau. Der Kaiser ließ dem Geh. Rat Dr. Dr.-Ing. Emil Rathenau zu seinem 75. Geburtstag folgendes Glückwunschtelegramm zugehen: „Durch Gottes Güte ist es Ihnen heute vergönnt, auf 75 Jahre eines reich gesegneten, arbeits- und erfolgreichen Lebens zurückzublicken. In dankbarer Anerkennung Ihrer hervorragenden Verdienste um die Entwicklung der deutschen elektrotechnischen Industrie gereicht es mir zur Freude, Ihnen meinen warmsten Glückwunsch zum heutigen Tage auszusprechen. Wilhelm I. R.“ — Der Reichsfürst telegraphierte: „Empfangen Sie, sehr geehrter Herr Rautrat, an dem Tage, an dem Sie Ihr 75. Lebensjahr vollenden, meine warmsten Glückwünsche. Mit gerechtem Stolz dürfen Sie auf ein langes Leben zurückblicken, das schöpferische Begabung mit unermüdlicher Arbeitsfreudigkeit, mit eifrigem Willen vereint und es zu einer ebenso langen Kette von Erfolgen gestaltet. Ihr unerschütterlicher Wille für technische und wirtschaftliche Möglichkeiten ließ Sie stets die höchsten Ziele nur ins Auge fassen. Ihre Wertungen sicheren Grundes und die Sorge um das Meiste darüber nicht verschmähen. So haben Sie eine der gewaltigsten industriellen Unternehmungen im Deutschen Reich geschaffen und zur höchsten Vollendung geführt: Ein bahnbrechender Führer in den großen wirtschaftlichen Fragen der Zeit und ein Vorbild strengster Erfüllung alltäglicher Pflicht. Ihnen dies an Ihrem Ehrentage auszusprechen, mit dem Wunsch, daß Ihnen noch Genesung von schwerer Krankheit noch lange Jahre des Wirkens beschieden sein mögen, ist mir ein herzliches Bedürfnis und aufrichtige Freude. Reichsfürst v. Helfmann-Gollweg.“

* Die Landtagswahlen in Neuchâtel. 2 haben am Mittwoch (wie bereits im gestrigen Abendblatt gemeldet) zum ersten Male auf Grund des neuen Pluralwahlrechtes (nicht Proportionalwahlrechtes, wie es ursprünglich in der betreffenden Meldung hieß) stattgefunden. Der vergangene Landtag hatte an Stelle des gleichen Wahlrechts ein Mehrstimmwahlrecht geschaffen, dessen Stufen sich nach Einkommen, Alter und Ehen richteten. Auf Grund des neuen Wahlgesetzes vom 8. Januar 1913 besteht der Landtag aus dem Besitzer des Paragats Neuchâtel, 3 Abgeordneten der Höchsteinkategorien und 17 auf vier Jahre durch allgemeine direkte Wahlen gewählten Abgeordneten. Bis dahin setzte sich der Landtag zusammen aus dem Neuchâtel, 3 Abgeordneten der Höchsteinkategorien und 12 durch allgemeine direkte Wahlen auf drei Jahre gewählten Abgeordneten. Das Ergebnis der vorgestrigen Wahlen, das wir bereits mitteilten, ist bekanntlich: 9 Nationalliberale, 1 Konservativer, 1 Fortschrittler, 1 Bund der Landwirte, 1 bürgerlicher Kompromißkandidat, 1 Sozialdemokrat, 6 Stichwahlen sind erforderlich, daran sind beteiligt: 4 Nationalliberale, 4 Sozialdemokraten, 2 Bund der Landwirte, 2 Fortschrittler, 2 Sozialisten.

der, unzufrieden mit dem Wirken der literarischen Gesellschaft „Neuer Verein“, München zu zeigen beabsichtigt, wie die moderne Richtung der dramatischen Kunst zu fördern sei. Der Erfolg des vorgestrigen Abends war nicht gerade sehr vielversprechend. Man ergötze sich während der beiden ersten Akte an dem vorzüglichen Spiel einiger Darsteller und langweilte sich schließlich im Schlaf. Das Stück bewirkt, daß ein geistvoller Kritiker ein sehr mäßiger Dramendichter sein kann, auch wenn er versucht, im Bedenklichen Geiste zu schaffen. Es ist die romantische Geschichte der einst vielbesprochenen Prinzessin Chimay, die bei seinem Drama zugrunde legte, ohne dem Stoff interessante, dramatische Seiten abzugewinnen. Freilich hatte die Zensur dafür gesorgt, daß die Risikanten, die einen wesentlichen Zug dieser Abenteuer-Geschichte bilden, die Zuschauer nicht beunruhigten. Es waren so starke Striche gemacht, daß der Gergang fast unverständlich wurde. Der Verfasser wirkte als Darsteller in einer Liebhaberrolle mit, ohne besonderen Eindruck zu machen. H. B.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Grete Eggenlof, ein Wiesbadener Kind, von ihrer Tätigkeit an der hiesigen königlichen Bühne bestens bekannt, ist unter die gastierenden Künstler gegangen. Die Künstlerin erwartete sich an zwei Gastspielabenden als „Goldene Eva“ und Marilise in „Der Dieb“ in hohem Grade die Gunst des Warmer Publikums.

Im Berliner königlichen Schauspielhaus wurde gestern Otto Hinckes (Otto Hinckes) romantisches Lustspiel „Graf Ehrenfried“ zum ersten Male aufgeführt. Die von Oberregisseur Batry geleitete vorzügliche Vorstellung, in der die Herren Sommerhoff, Böhl und Volkmann sowie die Damen Arnschütz und Himmig ihr Bestes gaben, fand freundlichen Beifall. Der anwesende Dichter, der in Rostock geboren ist und als Arzt und Universitätsdozent bei Basel lebt, konnte nach dem zweiten und vierten Akt vor dem

* Der Streit der Zahnheilkundestudierenden. In der gestrigen Abend in Berlin abgehaltenen Versammlung der Studierenden der Zahnheilkunde, die durchaus ruhig und sachlich verlief, wurde einstimmig der Streit beschlossen. Es wurde ferner ein Ausschuss gewählt, der eine Audienz im Kultusministerium nachsuchen soll. Die gestrige Versammlung erhielt durch Telegramme Kenntnis davon, daß außer in Berlin, Würzburg und Leipzig auch in Breslau, Halle, Marburg und Greifswald der Streit beschlossen worden ist.

* Ein Hafenbau in Linden-Hannover. Die städtischen Kollegien der Stadt Linden bewilligten gestern einstimmig die Summe von 4800 000 M. zur Erbauung eines städtischen Hafens mit Hafenbahnhof im Anschluß an den Stichkanal des Rhein-Deine-Kanals. Der Magistrat hatte aus den Überschüssen der letzten Jahre zu diesem Zwecke einen Fonds von 1 1/2 Millionen angesammelt, so daß daher eine eventuelle Erhöhung vorläufig nicht nötig erscheint.

* Für die Reichstagswahl in Rehl-Offenburg hat der frühere Zentrumsgewählte Schüler, der bei den letzten Wahlen dem Nationalliberalen Kölsch unterlag, eine neue Kandidatur abgelehnt.

* Eine ultramontane „Warnung“. Man schreibt uns: Die Ultramontanen scheinen es auf den Wiesbadener Schriftsteller C. Spielmann liebevoll abgesehen zu haben. Diesmal ist es sein Heimatroman „Times Romanus“, mit dem sich ein „Anonymus „Spectator“ in einem Zentrumsbuch eingehend beschäftigt. Und zwar behagt es dem anonymen Schreiber nicht, daß Spielmann einen Kreis als Vertreter des Urchristentums und nicht der römischen Kirche auftreten läßt. Das Urchristentum ist eben den Ultramontanen kein Christentum, und deshalb ist auch Spielmann ihnen bald ein „leichter Christ“, bald ein „Heide“, ein „ungläubiger Protestant“ und ein „Freidenker“, so daß er nun eigentlich gar nicht weiß, was er sein soll. Im übrigen wimmelt es in dem Artikel von Ausdrücken, wie sie das ultramontane Liebeschristentum zeitigt, womit sich wohl ein weiteres Eingehen auf diese Art von „Kritik“ erledigt.

Parlamentarisches.

Die Frage der Beteiligung an der Panamaausstellung in der Budgetkommission. Die Budgetkommission des Reichstags trat gestern zusammen, um den vom Reichstag beantragten Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des dritten Nachtrags zum Haushaltsetat für das Rechnungsjahr 1913 zu beraten. Dieser fordert zum Kapitel 3 des Etats des Reichsamt des Luftens 500 000 M. einmalige Ausgabe als Beitrag zu den Kosten der deutschen Ausstellung in San Francisco als erste Rate. Staatssekretär Dr. Deßloch legte eingehend die Gründe dar, die zur Ablehnung der Einladung der Vereinigten Staaten zur Beteiligung an der Ausstellung geführt hätten und wies insbesondere auf die Stellungnahme der Industrie hin, die sich mit erbitterter Mehrheit gegen eine Beteiligung der Ausstellung ausgesprochen habe. Hierin sei ein Umschwung nicht eingetreten, wie eine neuerliche Umfrage des Handelstages erwiesen habe. Auf Grund dieser neuen Enquete des Handelstages hätten von 123 befragten Handelskammern überhaupt nur 97 geantwortet, davon 79 mit „Nein“. Auf die Frage, ob wir jetzt noch würdig ausstellen können, antworteten die Sachverständigen ebenfalls mit „Nein“; sollte die Sache trotzdem gemacht werden, so würde die vorgeschlagene Summe von 2 Millionen nicht genügen. Redner kam zu dem Ergebnis, es sei heute nicht mehr zu empfehlen, sich zur Beteiligung der Ausstellung zu entschließen. Er empfehle, den Antrag abzulehnen. Im weiteren Verlauf der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags wurde regierungsfreudig insbesondere von Ministerialdirektor Dr. Deßloch, der über seine Erfahrungen als Ausstellungskommissar, besonders in St. Louis sprach, die Frage, ob es noch möglich sei, eine Deutschland würdige Ausstellung zustande zu bringen, verneint, und zwar hauptsächlich wegen der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit und wegen der Verbesserungsschwierigkeiten. Die Kommission beschloß, von einer Abstimmung abzusehen und die Entscheidung über den Antrag dem Plenum zu überlassen. — In der heutigen Sitzung sollen die Vertreter der Regierung ihre in der Kommission abgegebenen Erklärungen nochmals abgeben und begründen. (Vergl. den drahtlichen Parlamentsbericht der heutigen Sitzung.)

In der Wahlprüfungskommission des Reichstags wurde gestern die Wahl des freikonservativen Abg. v. Halem für Schwab geprüft. Dabei kam zum ersten Male der neu beschlossene Grundgesetz, betreffend die Stimmen der vor der Nachwahl bezogenen Wähler, zur Anwendung, und es wurden alle diese Stimmen dem unterlegenen Kandidaten zugerech-

Aus Kunst und Leben.

* Tango-Lee im Kurhaus. Auch der dritte Tango-Lee darf wieder als erfolgreich angesehen werden. Viel vornehmliches Publikum war erschienen, viel elegante Kleider und Hüte konnte man bewundern. Im Mittelpunkt des Interesses stand Sennor Pluton, der so lange auf sein Erscheinen warten ließ, der uns schon seit Wochen versprochen wird. Und wie immer, wenn die Erwartungen so hochgeschraubt werden, macht sich leicht eine kleine Enttäuschung geltend. Das Tänzerpaar Mougier, das auf den beiden ersten Tans tanzte, hatte schnell die Gunst des Publikums gewonnen, besonders sie, die pikante Brünelle, durch ihren Charme, ihre Biogamkeit, ihre unnachahmliche Grazie. Ihr Tango und ihr Walzer, von dem Grizzly-Bären-Tanz ganz zu schweigen, waren nicht nachzulassen, es waren Variationsnummern, aber sie gündeten. Das Paar sprühte Funken in seiner Leidenschaft und fand Kontakt. Sennor Pluton dagegen tanzte kühl und leidenschaftlos, beinahe wie in versteinertem Grimm. Er wurde nicht warm mit seiner Partnerin, es war kein Zusammengehen, kein Einklingen der beiden nach den Klängen der Musik. Aber auch sein Tango entbehrt des Reizes nicht, ist in seiner Monotonie, in seiner scheinbaren Einfachheit sogar viel schwerer zu tanzen als der Tango der Mougier mit seinen Tricks und Bluffs. Sehr elegant war der Botsch, vom one stop aber muß das Gegenteil gesagt werden. Doch war es recht interessant, die Bekanntschaft des Vielgenannten zu machen, der den Ruf genießt, der beste Tango-Tänzer weit und breit zu sein.

* Prinzessin Chimay als Dramenheldin. In den Münchener Kammerspielen gab man vorgestern als einmalige Sondervorstellung das dreifache Schauspiel „Die Welle“ von Franz Wei, was zugleich die Uraufführung dieses schon vor fünfzehn Jahren entstandenen Werkes war. Verantwortlich war der Verlag der Zeitschrift „Neue Kunst“,

Vorhang erscheinen; aber der reizvolle Grundgedanke des Werkes und manche dichterische Schönheit konnten über den Mangel an dramatischer Kraft und andere Ungleichgewichte nicht ganz hinweg helfen.

Zum Tode von Frau Augusta Buhse sandte Generalintendant Graf von Sillen-Haefeler an die Schwester der Entlassenen, Frau Bürgermeister Wiele, folgendes Beileidstelegramm: „Der Heimgang Ihrer Frau Schwester, die ein jäher Tod in vollster Lebensfreude und Schaffenskraft aus unserer Mitte riß, hat mich tief schmerzhaft bewegt. Wir betrauern in der Abgeschiedenen den Verlust einer großen, ernsten, still schaffenden Künstlerin, eines ausgezeichneten, treuen Mitgliebes und einer lieben, verehrten Frau. Ich, der ich die Beweise, mit der mich auch viele alte Wiesbadener Erinnerungen verbanden, seit mehr als drei Jahrzehnten kannte, empfinde ihren Eintritt als einen persönlichen Verlust. So bitte ich Sie, gnädige Frau, meiner innigsten tiefempfundenen Trauer und Anteilnahme gewiß zu sein.“ — Eine seltsame Bestimmung hat Frau Buhse über die Verrichtung ihrer Leiche getroffen. Nach der Einäscherung in Leipzig soll die Urne mit ihrer Äsche in das Meer versenkt werden, zugleich damit auch die Äsche ihrer Mutter und ihres Vaters. Die Urnen beider hatte sie in ihrer Villa in einem zu einer Kapelle umgewandelten Raum aufbewahrt.

Gerhart Hauptmann ist soeben aus dem Süden in Berlin eingetroffen, um im Deutschen Künstlertheater (Sogial) an den Proben zu seinem neuen Stück „Der Bogen des Odysseus“, dessen Premiere im Januar 1914 im Künstlertheater stattfinden wird, teilzunehmen.

In Hagen in Westfalen hat die Polizei die weitere Vorführung des vor einigen Tagen mit großem Erfolg zur Aufführung gebrachten Weihnachtsmärchens „König Ruknoder“ beanstandet. Die Veranstaltung gibt die Ruknoderkammer, in deren letzter Zelle es heißt: „Geil Rukoder die!“ Die Polizei erblickte darin eine Profanierung der Nationalhymne!

nei. Die Prüfung selbst wurde noch nicht zu Ende geführt. Abg. v. Holten ist in der Nachwahl am 30. Dezember 1912 nur mit etwa 70 Stimmen über die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang gewählt worden.

Die Reichstags-Kommission für Abänderung des Handels-Gesetzbuches (Konkurrenz-Klausel) beschäftigte sich gestern mit einer Eingabe des Unterausschusses für Privatrecht der Gesellschaft der sozialen Fürsorge. Der Ausschuss hat zu der im Reichstag zur Verhandlung stehenden Neuregelung des Wettbewerbs-Verbots Stellung genommen. Ihm scheint die Annahme des Entschädigungs-Entwurfes nur dann ratsam, wenn die Entschädigung des Angestellten für den Fall der Anwendung der Konkurrenz-Klausel im ersten Jahr von einem Drittel auf die Hälfte des Gehalts sich erhöht, und wenn das bestehende Recht insoweit bestehen bleibt, daß niemand auf Grund der Konkurrenz-Klausel vor Austritt aus dem Konkurrenzunternehmen belangt werden kann. Die Regierung lagte mögliche Unterstützung zu.

Ein konservativer Antrag, betr. gollwirdige Verwendung von Gerste. Die Konservativen Weindob, Rupp (Baden), Vogt (Graubünden) und Genossen haben einen Antrag zur Durchführung des Gesetzes gegen gollwirdige Verwendung von Gerste im Reichstag eingebracht.

Nachtritt des Reichspräsidenten in Bayern. Reichspräsident von Kautz ist von seinem Posten als Präsident der Kammer der Reichsräte zurückgetreten. Die Neuwahl ist für den 17. Dezember anberaumt.

Post und Eisenbahn.

Der Landes-Eisenbahnrat hat in seiner Sitzung am 10. Dezember folgende wichtigeren Beschlüsse gefaßt: Im allgemeinen Interesse wurde die Verlängerung der Geltungsdauer des Ausnahmestarfs 7 g für Eisen- und Stahl-Gebiet nach Oberhessen um drei Jahre (bis Ende 1917) befürwortet. Die überwiegende Mehrheit des Landes-Eisenbahnrates sprach sich für die Frachtermäßigungen aus, die die Eisenbahnverwaltung für Eisen- und Stahl (auch Kohlen) zugunsten von Eisenerzbergwerken, Hüttenbetrieben und Einzelwerken in Aussicht nahm, die von den geplanten Frachtermäßigungen für Eisen- und Stahl in Ruhe- und Wochenerverkehr berührt werden. Zugestimmt wurde den Beschlüssen der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen auf Ablehnung zweier Anträge, betreffend die Gewährung des Gültigkeitsbereichs für Mineralien für die Zeit vom 1. April bis 31. August und betreffend die Aufnahme von gebrauchten leeren Mineralwasserflaschen oder -Kisten (Kisten) mit solchen Flaschen in § 38 der allgemeinen Tarifvorschriften des deutschen Eisenbahngütertarifs Teil I Buchstaben b.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ein parlamentarischer Diner in der Hofburg. Wien, 12. Dezember. Gestern Abend fand das Delegationsdiner in der Hofburg statt, nach dessen Beendigung Kaiser Franz Joseph 3/4 Stunden Cercle abhielt. Der Kaiser unterhielt sich lebhaft mit verschiedenen Delegierten. Einem der Delegierten gegenüber drückte der Kaiser die Hoffnung aus, daß nach dem sich die Wirren gelegt, Mittel und Wege gefunden werden müßten, den Warenverkehr nach dem Osten wieder zu heben. Mit dem Dr. Rastalla sprach der Kaiser über den deutsch-österreichischen Ausgleich. Er erklärte mit besonderem Nachdruck, daß der Ausgleich gelingen müsse. Auffallend lange unterhielt sich der Kaiser mit dem Führer der ungarischen Opposition, dem Grafen Julius Andrássy, der in seiner langen Rede den Grafen Verdy-Motsch aufgeführt hatte.

Exminister Red über die Nationalitätenfrage. Wien, 11. Dezember. In der österreichischen Delegation sagte Red am Schluß seiner Rede, das Hauptgewicht sei auf eine endgültige Lösung der Nationalitätenfrage in beiden Staaten der Monarchie zu legen. Außer der politischen und wirtschaftlichen Schlagfertigkeit müsse die volle Schlagfertigkeit des Heeres und der Flotte vorhanden sein. Dann mag die Monarchie im gegebenen Falle ruhiges Vertrauen haben.

Ein Militärbefreiungsprozeß. Fiume, 11. Dezember. Der Gerichtshof hat heute im Militärbefreiungsprozeß den Chef der kaiserlichen Militärsektion, Blasevic, zu 4 Jahren Zuchthaus, 3000 Kronen Geldstrafe, Amtsverlust und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren, seinen Mitschuldigen Karich zu 3 Jahren Zuchthaus, 1500 Kronen Geldstrafe und 5 Jahren Ehrenverlust verurteilt. Der Staatsanwalt und die Verteidiger haben die Berufung angemeldet.

Frankreich.

Das spanische Königspaar bei Poincaré. Paris, 11. Dezember. Das Präsidentenpaar Poincaré gab zu Ehren des Königspaares von Spanien ein Frühstück.

England.

Zum Waffeneinfuhrverbot für Irland. London, 11. Dezember. In Fleetwood, Belfast und anderen Hafenstädten Irlands, die im Passagier- und Güterverkehr mit Großbritannien stehen, wird von den Zollbeamten die schärfste Kontrolle ausgeübt, um ein Einschmuggeln von verbotenen Waffen und Munition zu verhindern. In Fleetwood wurden gestern nicht weniger als 2000 Patronen aus Bremen, 20 000 Patronen aus London, 25 000 andere Patronen und verschiedene Gewehre beschlagnahmt. Die Sendungen waren für verschiedene Adressen in Belfast und der Grafschaft Ulster bestimmt. Sobald die Untersuchungen beendet sind, wird über die konfiszirten Güter Näheres bestimmt werden.

Italien.

Die organisierten Katholiken national, nicht internationalistisch. Rom, 11. Dezember. In der Kammer erklärte der Abgeordnete Cameroni, daß er sicher sei, die Ansicht der organisierten Katholiken wiederzugeben und daß er von neuem ihre konstitutionelle Loyalität und ihren aufrichtigen Patriotismus bestätigen wolle, von dem sie während des Feldzuges in Libyen unzweifelhaft Proben abgelegt hätten. Er wies die Anschuldigung zurück, daß die Partei internationalistisch gestimmt sei; wenn er auch wüßte, daß der Zwist zwischen Staat und Kirche aufhöre, so würde er doch niemals irgend einen Vorschlag zustimmen, der dahin abzielte, die volle Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit Italiens dem Ausland gegenüber zu mindern. (Beifall.) Der Redner und seine Freunde wünschten, daß die Zugehörigkeit zum katho-

lischen Glaubensbekenntnis kein Grund für politische Minderwertigkeit den anderen Staatsbürgern gegenüber bilde. Dies sei die Grundlage für das Abkommen zwischen den Katholiken und den Liberalen gewesen. Der Redner versicherte, daß die Katholiken für demokratischen Fortschritt und soziale Reformen seien. Er vertraue auf den Ministerpräsidenten Giolitti, daß dieser sein demokratisches, aber nicht antikirchliches Programm nicht ändern werde.

Die Schuldigen zum Unfall der „San Giorgio“. Rom, 11. Dezember. Auf Grund des Ergebnisses der Untersuchung über den Unfall des Panzerkreuzers „San Giorgio“ wurden der Kommandant der zweiten Division des zweiten Geschwaders, Konteradmiral Cogni, und der Kapitän zur See Cacace, der Kommandant des „San Giorgio“, zur Disposition gestellt. Über die Venturini zur See Degliumberti und Gamberini, dem Aussoffizier und dem Diensthabenden im kritischen Augenblick, wurden einfache Arreststrafen verhängt. Der Bericht über die Untersuchung wird dem Marinegericht zur weiteren Veranlassung übergeben.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Landesausschuß.

Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters a. D. Dr. v. Jell fand gestern im Landeshaus eine Sitzung des Landesausschusses statt, der auch der Oberpräsident der Provinz Hessen-Kassel henzugewandert aus Kassel anwohnte. In derselben wurden folgende Beschlüsse von allgemeinem Interesse gefaßt. Als genehmigter Tag für die Einberufung des nächstjährigen Kommunallandtags soll Montag, der 20. April 1914, in Vorschlag gebracht werden. — Dem technischen Beamten bei der Kassauischen Brandversicherungsanstalt Regierungsbaumeister a. D. Neumann wurde der Titel „Landesbaumeister“ verliehen. Zum 1. Januar 1914 wurden die beiden Hilfsarbeiter bei der Landesdirektion Hermann Meyer und Eisefeld zu Bureauchefen ernannt. Oberarzt Dr. Wahlmann von der Landesheil- und Pflegeanstalt Siegburg wurde zum 1. Januar 1914 an die Anstalt Weilmünster versetzt. Landeswegemeister Rehmann (Eronberg) ist unter Pensionbewilligung vom 1. April 1914 ab in den Ruhestand versetzt; an seine Stelle wurde der Landeswegemeister Schöler (Camberg) zum gleichen Zeitpunkt nach Eronberg versetzt. Ferner wurde vom 1. April 1914 ab Landeswegemeister Meyer (Wallmerod) als technischer Assistent nach Willenrod versetzt und der Wegemeisteramtsleiter Ludwig Kaus vom gleichen Zeitpunkt ab zum Landeswegemeister auf Probe unter Übertragung der Wegemeisterei Wallmerod ernannt. — Der Krankenpflegeverein Freudenitz wurde die Jahresbeiträge von 150 M. auf weitere drei Jahre ab 1. April 1914 bewilligt; und für zwei Schwestern der Krankenpflegeverein Viedendorf eine Jahresbeiträge von 200 M. auf 5 Jahre bewilligt. Ein Gesuch um Unterstützung der Krankenpflegeverein Zeilsheim wurde abgelehnt. Aus dem Restorationsfonds für 1913 wurde der Gemeinde Charlottenberg ein Darlehen von 3000 M. zu Konfolidationszwecken bewilligt, ebenso aus der städtischen Kasse der Gemeinde Eisenroth 5000 M., der Gemeinde Oberhof 6000 M. und der Gemeinde Steinbrücken 5000 M., sämtlich zu Wasserleitungsanlagen, sowie der Gemeinde Bremthal 1000 M. für Anschaffung einer Brückenboje. Ein Darlehensgesuch der Gemeinde Gieshausen wurde für nächstes Jahr zurückgestellt. — Mit der Auszahlung der zu seiner Verfügung stehenden Beihilfe von 2000 M. für Hebung und Förderung der Fiegenzucht im Gebiet des Bezirksverbands für 1913 an den Verband nassauischer Fiegenzüchter erklärte sich der Landesausschuß einverstanden. — Der Fonds von 5000 M. für besonders schwer durchzuführende Konfolidationen wurde wie folgt verteilt: Den Konfolidationsgesellschaften zu Niedershausen 600 M., Oberweidbach 200 M., Arumbach 400 M., Buchenau 400 M., Edelshausen 400 M., Bad Ems 1000 M., Lahr 600 M., Stritz-Trinitatis 400 M., Langbach 400 M., Steinbrücken 400 M. und Hülffingen 200 M. — Auf Antrag der Bezirkskommission für Denkmalspflege wurde eine Reihe von Beihilfen, insgesamt 5086 M. 29 Pf., für Zwecke der Denkmalspflege für 1913 bewilligt. Als Mitglied des Kuratoriums der Landwirtschaftlichen Winterschule in Montabaur wurde an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Hartmann (Hadamar) Bürgermeister Schön (Nehbach) und in dasjenige der neu errichteten Landwirtschaftlichen Winterschule in Idstein Bürgermeister a. D. Körner baselst gewählt. — Einer Stationspflegerin und zwei Pflegerinnen der Landesheil- und Pflegeanstalt Hadamar, einer Stationspflegerin und zwei Pflegern der Anstalt Weilmünster sowie einer Abteilungsleiterin und einer Pflegerin der Anstalt Siegburg wurden die reglementsmäßigen Diensthonorarien für sechsjährige ununterbrochene Anstaltsdienstzeit von je 300 M. zugewilligt. In die Fürsorge des Kassauischen Zentralwaisenfonds wurden zwei Kinder aus Korchhausen und 5 Kinder aus Hahnstätten als Halbwaife aufgenommen. — Aus der Staatsrente vom 2. Juni 1902 wurden für Zwecke des Armenwesens an 85 leistungswache Gemeinden zusammen 9600 M. bewilligt. — Für das Rechnungsjahr 1913/14 wurde zum Pferde-Entschädigungsfonds ein Beitrag von 30 und zum Rindvieh-Entschädigungsfonds ein solcher von 40 Pf. für jedes beitragspflichtige Tier festgesetzt. — Aus der Unterstützungskasse der ständigen Bediensteten und Arbeiter des Bezirksverbands wurden an einen Begewärter zu Frankfurt-Breunersheim und zwei Begewärter a. D. in Oberdielen und Burschwalbach Jahresrenten bewilligt, ebenso den Sinterliebenden eines in Weilmünster verstorbenen Begewärters. — Zur Witwen- und Waisenrente für die Kommunalbeamten des Regierungsbezirks Wiesbaden wurden die israelitischen Amtsgemeinden zu Bad Ems und Camberg zugelassen. — Die Übernahme der 414 Meter langen Eisbergrainstrasse zu Rettet im Jagd der Bezirksstraße St. Goarshausen-Zollhaus in die Unterhaltung des Bezirksverbands wurde genehmigt, und schließlich der Beitragsfuß der Kassauischen Brandversicherungsanstalt für das Kalenderjahr 1914 auf 40 Pf. für je 1000 M. Beitragskapital festgesetzt.

— Todesfälle. Heute vormittag verstarb infolge eines Gehirnschlages Dr. med. Adolf Hommel aus Jülich, der bekannte Erfinder und Fabrikant des Gammalog, im Alter von 63 Jahren. Dr. Hommel hatte zeitweise hier gewohnt. — In einem hiesigen Sanatorium ist der Regierungsrat Dr. jur. Richard Wackensen, 52 Jahre alt, verstorben. Der Verstorbene war Mitglied des Oberverwaltungsamts hiesig, früher in der Provinz Hannover tätig gewesen.

— Richard-Wagner-Verband deutscher Frauen. In seiner geistigen Hauptversammlung wählte die hiesige Ortsvertretung des Richard-Wagner-Verbands deutscher Frauen nach Genehmigung des Jahres- und Kassabereichs den Vorstand wie folgt: Ehrenvorsitzende Frau Regierungsrätin v. Meißner, 1. Vorsitzende Frau v. Knoop, 2. Vorsitzende Frau v. Lichtenstein, 1. Schriftführerin Frau v. Knoop, 2. Schriftführerin Frau v. Oberstein, 1. Schatzmeisterin Frau v. Knoop, 2. Schatzmeisterin Frau v. Dammern, Beisitzerin Amtsrätin Dr. Hartmann. Komiteemitglieder sind nachstehende: Frau Dr. Wenz, Frau Dr. Kurt Albert, Frau v. Bergen, Frau Dr. Verlé, Frau Borgmann, Frau Norddörfer v. Ebner, Frau Landrat von Heimbach, Frau v. Knoop, Frau Professor Rammstadt, Frau Polizeipräsident v. Schend, Frau Professor Brodmann-Schlar, Frau Justizrat Siebert, Frau Konrad Lappenberg, Frau v. Jagen, Lehrerin, Frau v. Jäger, Frau v. Deetmar, Frau v. Kaudorf, Ehrenmitglieder: Oberbürgermeister v. Jell, Regierungspräsident v. Meißner, Intendant v. Wugenbecher. Für das Jahr 1914 sind verschiedene Veranstaltungen ins Auge gefaßt worden.

— „Die Entwicklung unserer Wehrkraft.“ Die Daseinsberechtigung des „Deutschen Wehrvereins“, der — eine Parallele zum „Flottenverein“ — sich die Förderung der Interessen des Heeres und der Rüstungsverstärkungen angelegen sein läßt, ist nach der Verabschiedung der jüngsten Wehrlage, die selbst nach Ansicht der Regierung auf Jahre hinaus den Anforderungen der Landesverteidigung und der heuerlichen Leistungsfähigkeit des Volkes entspricht, wiederholt angezweifelt worden. Der „Deutsche Wehrverein“ selbst aber sieht seine Aufgabe noch nicht als erfüllt an; seine Ziele sind so weit gesteckt und seine Forderungen so umfangreich, daß ihre Erfüllung in der Gesamtheit vielleicht das Ideal der Führer sein mögen, im Volk selbst aber nur den Beifall einer bescheidenen Minorität finden dürften. Die Aufgaben und Ziele des „Deutschen Wehrvereins“ gab gestern Abend Generalleutnant v. Brochem (Berlin) in einem von der Ortsgruppe Wiesbaden in der Aula des Gymnasiums am Schloßplatz veranstalteten Vortrag einer bescheidenen Zuhörerschaft bekannt. Nach einer ausführlichen Schilderung der Entwicklung unserer Wehrkraft seit 1861 kam der Vortragende, der das Thema ansprechend behandelte und seine Ausführungen durch ein beachtenswertes Medientalent eindrucksvoll zu gestalten vermochte, auf den gegenwärtigen Stand der deutschen Wehrmacht im Vergleich zu Frankreich zu sprechen. Wenn man den Mitteilungen des Redners Glauben schenkt, dann sieht es um die Verteidigung des Deutschen Reichs allerdings trostlos aus. Aber glücklicherweise übertrieb Herr v. Brochem, um seinen nunmehr folgenden Forderungen den Schein der Berechtigung zu geben. Einige Kostproben vom Bunzettel des „Wehrvereins“ sollen hier folgen: Zunächst die Forderung eines Gesetzes, nach dem sich die Wehrmacht vom 1. Oktober 1915 ab automatisch, entsprechend dem Bevölkerungszuwachs, vermehrt; dann, zur Erhaltung der Kriegstüchtigkeit und des guten Willens in der Reserve, die Ableistung sämtlicher Übungen ohne Rücksicht auf berufliche oder andere Verhältnisse; ferner sollen die Einjährigen, welche die Qualifikation zum Leutnantsoffizier erhalten, sofort noch ein weiteres Jahr als Offiziersdienstleister dienen. Die weiteren Forderungen, welche der Redner aufstellte, so die Propagierung der militärischen Begeisterung bei der Jugend, für welche Jugendwehr und Pfadfinder noch nicht intensiv genug arbeiten, die Tätigkeit der Schulen auf diesem Gebiet, die obligatorische Verpflichtung für die Jugend zwischen 14 und 20 einer „unterlandsfreudigen Organisation“ beizutreten usw., mögen nach den Anschauungen des Redners ein Ziel „reiner und schöner Ideale“ sein, bei der überwiegenden Mehrheit werden sie trotz des Wortwurfs der „Hilfsmittel“ nur sehr bescheidenen Widerhall finden. Herr v. Brochem verteilte sich zwar dagegen, ein Kriegsbeger zu sein, sprach aber von dem Erbfeind Frankreich, der nur auf eine Gelegenheit zum Überfall warte, von England und Rußland als unseren Feinden, von Österreich, dessen Hilfe sehr problematisch sei, vom Friedensgewinn der Leute, die nicht seiner Ansicht sind, von dem Krieg, der kommen wird und kommen muß (nur noch einer, dann könnte die Friedenspalme zum Symbol erhoben werden), und wandte sich zum Schluß an die Frauen, von denen er eine tatkräftige Mitarbeit zur Propagierung seiner Ideen erhofft. — Im Anschluß an den Vortrag fand eine Mitgliederversammlung statt, in welcher die Statuten angenommen wurden. Die Ortsgruppe Wiesbaden, die anfangs des Jahres ins Leben gerufen wurde, zählt gegenwärtig 112 Mitglieder.

— Aus der Handelskammer Wiesbaden. Die Handelskammer regte aus Anlaß eines größeren Warenverkehrs bei der Eisenbahndirektion eine strengere Kontrolle über die den Bahnhof Wiesbaden-West betretenden Personen an. — Die Bestrebungen wegen Rückwandlung der neuen D-Jüge 48 und 49 auf der rechtsrheinischen Strecke in Güterzüge konnte die Handelskammer nicht unterstützen. Wenn die Weichung der Schnellzüge die Einlegung neuer Güterzüge notwendig machen sollte, wird die Handelskammer sofort Veranlassung nehmen, die Einlegung neuer Güterzüge zu beantragen. — Auf eine Beschwerde der Handelskammer wegen zahlreicher Verspätungen bei dem Abend-D-Zug 112 Köln-Rainz hat die Eisenbahndirektion Rainz zugesagt, für die Erreichung des Anschlusses nach Wiesbaden Sorge tragen zu wollen. — Auf die Umfrage des Deutschen Handelstags wegen Rohhandstarifen erwiderte die Handelskammer, daß die Rohhandstarife von 1911 einen günstigen Einfluß auf die Futtermittelversorgung und auf die Preisgestaltung ausgeübt hätten. Der Futtermangel in dem Bezirk veranlaßte auch eine Wehranfuhr an Futtermitteln nach den Rheinböden. Die Handelskammer empfiehlt für einen künftigen Rohhandtarif die Festsetzung des Rohhandtarifs vom 21. September 1911 ohne jede Einschränkung.

— Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Ausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (Zweigverein Wiesbaden-Vierbach) im Festsaal des Rathauses vom 7. Januar bis 4. Februar 1914 dürfte besonders die jugendlichen Besucher von der Wichtigkeit dieses Zweiges der privaten und öffentlichen Gesundheitspflege überzeugen. Eine ganze Anzahl der besten Flugblätter der Gesellschaft werden während der Ausstellung zum Verkauf ausgelegt und imhabe sein, die durch die Anschauung gewonnenen Eindrücke zu befestigen und zu vertiefen. Die gewonnenen Auskünfte, an denen sich eine große Zahl für verschiedene Auskünfte unserer Stadt befragter Bürger aus allen Berufsständen und Berufsgruppen, Angehörige der Stadtverwaltung, die Presse, Ärzte, Krankenpfleger usw., beteiligten, haben ihre besonderen Aufgaben zugeteilt bekommen und sind eifrig am Werke. Die Stadt selbst hat in dankenswerterm Entgegenkommen ihren schönen Beifall im Zentrum

der Stadt zur Verfügung gestellt. Der Eintrittspreis wird 25 Pf. betragen. Ein besonderer Ausschuss wird mit den großen Körperkassen, den Krankenkassen, kaufmännischen Vereinen, Gewerkschaften, den Lehrern der höheren Schulen, der Garnisonsverwaltung usw. usw. in Verbindung treten wegen Abgabe von größeren Mengen von Eintrittskarten zu ermäßigtem Preis, so daß der Besuch ein recht lebhafter zu werden verspricht. Da die Ausstellung täglich von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends geöffnet sein wird, so haben auch alle Berufsleute Gelegenheit, die Ausstellung in Ruhe zu besichtigen. Ein Nachmittags- und Abend in der Woche wird ausschließlich für Frauen reserviert sein. Tägliche ärztliche Führungen werden die ausgestellten Gegenstände dem Verständnis noch näherbringen.

Handwerkerfürsorge. Die Handwerkskammer zu Wiesbaden erhält — worauf wiederholt hingewiesen sei — amtlich Kenntnis von den Anträgen auf Baugenehmigung in Frankfurt a. M. und Wiesbaden. Sie wird erforderlichenfalls über die Vermögensverhältnisse der Bauherren Ermittlungen anstellen und deshalb in der Lage sein, den Bauhandwerkern Auskunft zu geben, bevor sie Arbeiten und Lieferungen übernehmen. Auf diese Weise können die Bauhandwerker sich vor Verlusten schützen. Dies ist notwendig, weil trotz aller Vermählungen auf anderem Wege ein ausreichender Schutz der Baugläubiger nicht zu erreichen war. Es liegt nun an den Bauhandwerkern selbst, von der erwähnten Einrichtung ihrer Handwerkskammern Gebrauch zu machen. Tun sie es nicht, so haben sie sich etwaige Verluste selbst zuzuschreiben.

Vertrauensberufsgenossenschaften. Nach einer Bekanntmachung des Reichsversicherungsamts sind für die Provinz Hessen-Nassau für die Wahl der Arbeitgeberbeiträge bei den Oberberufsgenossenschaften bestimmt worden in Kassel die Papier-Verarbeitungsberufsgenossenschaft in Kassel und die Fleischerberufsgenossenschaft in Wiesbaden.

Verhafteter Metallieb. Die Kriminalpolizei nahm den Mechaniker Willy Gr. fest, der vor kurzem beim Umbau eines hiesigen Restaurants eine größere Anzahl Bierflaschen entwendete.

Lebensmüde. Ein in der Gustav-Adolf-Straße wohnender, seit Jahren hier ansässiger pensionierter Beamter aus Bayern hat sich diese Nacht durch Gasvergiftung entleert. Der 70jährige Mann, dessen Frau seit langer Zeit in einer Irrenheilanstalt sich befindet, stand allein und zeigte in letzter Zeit ebenfalls Spuren von Trübsinn.

Kleine Notizen. Die Valenzenliste für Militär-anwärter Nr. 50 liegt in unserer Expedition zur unentgeltlichen Einsicht offen. — Der vom Bankrott herausgegebene und bei der hiesigen Geschäftsstelle, Friedrichstraße 81, für 20 Pf. erhaltene Führer durch die neuen Steuer-gesetze wurde bereits in etwa 3000 Exemplaren abgesetzt. — Eine Tauben-Ausstellung, veranstaltet von der Kaffe-Taubenzüchtervereinigung für Wiesbaden und Umgebung, findet am 13., 14. und 15. Dezember in dem Germaniaaal, Seelenstraße 27, statt. Über 300 Nummern kommen zur Ausstellung.

Theater, Kunst, Vorträge.

Konzert. Das 1. Festkonzert zum Jubiläum des Spangenbergischen Konjunkturaliums, dessen Programm ausschließlich von Schülern bestritten wurde, nahm einen glänzenden Verlauf. Eingeleitet wurde die Feier durch die D-Dur-Sinfonie von Mozart, die das vollbesetzte Orchester unter Leitung des Hofmusikdirektors Keiser ebenso kraft wie schwingend zur Aufführung brachte. Darauf folgte der von E. Panja verfasste Festchor, von 6 Damen in griechischem Gewand mit eindrucksvoller Wirkung vorgetragen. Es wechselten nunmehr, geschickt aufeinandergefolgt, Klavier-, Violin- und Gesangsvorträge. Sehr viel pianistisches Talent zeigte der noch jugendliche D. Nidel, während die Damen R. Schaples und G. Nimmer in sich abgerundete Leistungen boten, die zum Teil, wie der Vortrag der Chopinischen Des-Dur-Rokkurne auf betörender künstlerischer Höhe standen. Von den Gesangsvorlesungen machte einen vollständig fertigen Eindruck Fräulein Geisler, deren bis in die höchsten Lagen mühelos anstreichende Stimme besonders durch die glänzende Stimmführung brillierte; aber auch Rik Vernon mit ihrem warm timbrierten Mezzosopran, Fr. Semmlers ausgiebiger dramatischer Sopran und Fr. Gregors tempervoller und technisch fertiger Vortrag der Philinen-Arie sowie die von den Damen Schäfer, Nager und Friedländer stimmungs- und klangschön vorgebrachten Lieder von Mahn fanden allseitigen Beifall. Einen nicht minder vorzüglichen Eindruck hinterließ der jugendliche Violonist R. Schmitt, der Beethoven's F-Dur-Romance feilvoll und warm besetzt wiedergab, sowie Fr. Stöffler, der sich mit dem feinen Violonkonzert von Mozart trefflich abwand. Zuletzt vereinigten sich unter Prof. Rabrs schwingender Leitung (Solistinnen E. Knack, A. Kosenfeld und Fr. Wögeard) Orchester und Chor der Anstalt, der in den Männerstimmen durch Mitlieder des Lehrer-Gesangsvereins verstärkt war, zu dem erhebenden Jubelgesang: „Die Himmel erzählen“ aus Habans „Schöpfung“, damit eine mächtige Schlußwirkung erzielte. Unter dem Jubelruf, das den Saal bis zum letzten Platz füllte, befanden sich auch die Spitzen der städtischen Behörden.

Vortrag. Über „Jabern, Volk und Reichstag“ wird der bekannte elassische Politiker Alfred Wolf heute abend im Saalbau der Turnerschaft reden.

Gerichtssaal.

Der erste Jaberner Kriegsgerichtsprozess.

S. u. H. Straßburg, 11. Dezember. Unter starkem Andrang des Publikums und lebhafter Anteilnahme weiterer politischer Kreise fand hier, wie bereits kurz gemeldet, die erste Verhandlung wegen der bekannten Vorgänge in Jabern statt, die in den letzten Wochen die Öffentlichkeit weit über die Grenzen Deutschlands hinaus sowie in mehreren Sitzungen den deutschen Reichstag beschäftigt haben. Als Angeklagte erschienen die früheren Rekruten der 5. Kompanie des 99. Infanterie-Regiments in Jabern Gert, Vellu und Scheibel, die jetzt dem 132., bezw. 136. Infanterie-Regiment in Straßburg angehören. Die zur Anklage stehenden Straftaten basieren auf folgenden Vorfällen: Anfang November brachten der „Jaberner Anzeiger“, ein liberales Blatt, und das Zentrumsorgan „Der Elßässer“ die Mitteilung, daß der 19jährige Leutnant v. Fortner vom Infanterie-Regiment 99 in der Instruktionstunde die elassischen Rekruten mit dem Schimpfwort „Wades“ belegt habe. Darauf wurde nach einigen Tagen eine offizielle Darstellung laut, nach welcher die Äußerung des Leutnants v. Fortner durchaus harmlos gemeint gewesen sei. Daraufhin blieb der „Elßässer“ aber bei seiner Darstellung, die er noch ergänzte. Der Leutnant habe die Rekruten gezwungen, sich mit den Worten zu melden „Ich bin ein Wades!“ und habe außerdem eine die französische Fahne sehr beleidigende Äußerung gemacht. Daraufhin wurde von den militärischen Behörden eine Untersuchung angestellt und als Resultat derselben bekannt gemacht, daß kein Rekrut sich erinnere, eine ähnliche Äußerung von Leutnant Fortner gehört zu haben. Als Antwort veröffentlichte der „Elßässer“ ein Schriftstück, in welchem die drei Angeklagten durch ihre Namensunterschrift bestätigten,

daß die fragliche Äußerung des Leutnants wirklich gefallen sei. Das Schriftstück, das die Angeklagten unterschrieben, hatte folgenden Wortlaut: „Auf Ehre und Gewissen erklären wir Unterzeichneten: Es ist richtig, daß am 14. November 1913 Leutnant v. Fortner morgens zwischen 8 und 9 Uhr in der Instruktionstunde die Worte gebraucht hat: „Diese Fahnenflüchtigen haben auf keine andere Ehre Anspruch, als in der französischen Fremdenlegion zu dienen. Auf die französische Fahne könnt ihr meinethwegen sch...!“ In dem Unterschreiben dieses Schriftstücks erklärt die Anklage Vergehen gegen die §§ 93, 98 und 101 des Militärstrafgesetzbuchs. Der Angeklagte Gert gab an, es sei im Regiment bekannt geworden, daß in kurzer Zeit alle elassischen Rekruten des Regiments 99 in andere Garnisonen versetzt werden sollten. Er habe daher von seinen Freunden und Bekannten Abschied genommen, und u. a. auch den Panfanten Simon besucht, den Korrespondenten des „Elßässer“ in Jabern. Dieser habe ihn aufgefordert, am Nachmittag wiederzukommen, da dann noch ein Freund von ihm, der Redakteur Kaeßle aus Straßburg, anwesend sein werde, der sich für die Vorgänge in Jabern lebhaft interessiere. Der Angeklagte hat dann auch am Nachmittag den Simon noch einmal besucht. Kaeßle entwarf ein Schriftstück, die oben mitgeteilte Erklärung, die Gert dann unterschrieb. Der Angeklagte behauptete, daß der Redakteur Kaeßle keine Bedenken damit beifügt habe, daß er ihm sagte, das Schriftstück sei nur für einen etwaigen Zivilprozeß nötig. In der Kaserne hat er dann das Schriftstück von den Mitangeklagten unterschreiben lassen. Die Vernehmung der Angeklagten Vellu und Scheibel und die Beweisaufnahme bestätigten im wesentlichen die Angaben des Hauptangeklagten. Oberst v. Meuter befandte als Zeuge, daß er den Rekruten das Verbot, dienstliche Vorgänge an die Öffentlichkeit zu bringen, in sehr ernster Weise auseinandergesetzt habe. Im Anschluß an das Verbot habe er noch ausdrücklich auf die Kriegsartikel hingewiesen. Das Urteil lautete, wie bekannt, auf sechs und drei Wochen Mittelarrest. Die Begründung des Urteils lautete ungefähr folgendermaßen: Es war zwar nicht vorauszusetzen, daß die Angaben der Soldaten so große Verbreitung und so große Ausdehnung noch sich ziehen würden. Die Leute nahmen an, daß die Angaben nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, was man ihnen auch versprochen hatte. Dagegen konnte das Gericht nicht annehmen, daß § 101 nicht in Frage komme, denn es handelt sich um militärische Angelegenheiten, zumal auch, weil der Angeklagte Gert sagte, wir müssen unser Recht selbst wahren. Objektiv ist also ein schwerer Verstoß gegen die Disziplin gegeben, ferner auch gegen das Solidaritätsgefühl der Soldaten. Die Leute hätten die Tragweite ihrer Handlung nicht gekannt. Dagegen trifft sie der Vorwurf, daß sie ohne weiteres den Angaben des „Elßässer“-Redakteurs Glauben schenken. Nichtsdestoweniger hat das Gericht Milde walten lassen und auf die mitgeteilte Strafe erkannt. Die Untersuchungshaft ist den Rekruten nicht angerechnet worden, dagegen wurden die Verurteilten sofort aus der Haft entlassen.

Neues aus aller Welt.

9-10 11. 12. 13. 14. Berlin, 12. Dezember. Das Postamt 14 in der Dresdener Straße gegenüber der Alexanderdenkmal hat gestern zur Erlangung des obigen Stempels einen Ansturm zu verzeichnen, wie es ihn noch nicht erlebt hat. Der Sturm geschah dem, der vor einem Jahre, am 12. Dezember 1912 auf das Postamt 12 in der Zimmerstraße erfolgte, um in den Besitz eines Stempels mit 12. 12. 12. 12-1 zu gelangen. Das Postamt 14 ist in dem Privatbause Dresdener Straße 55 im Erdgeschoß und im ersten Stockwerk untergebracht. Zur oberen Etage liegt der ziemlich große Raum mit Schreibpulten und acht Schaltern, an denen gestern überall die Karten abgegeben werden konnten, denn alle Schalter waren zur Feier des Tages geöffnet. In dem Nebenbause Dresdener Straße 56 liegt ein großer Laden für Papier- und Schreibwaren, und der Besitzer hatte sich überreichlich mit den für diesen Tag besonders angefertigten Ansichtskarten verschiedener Art versehen. Er hatte nicht schlecht gerechnet, denn sein Laden wurde von Käufern nicht leer. Schließlich wurden vor dem Postamt Beamte mit Briefbeuteln aufgestellt, in die unter freiem Himmel Karten geworfen werden durften. — Auch auf dem Postamt SW. 13 in der Alten Jakobstraße herrschte harter Andrang. Hier gibt es ein anderes Kuriosum, eine doppelte Reihe von je drei aufeinanderfolgenden Zahlen. Erstes das Datum 11. 12. 13 und die Stunde 11-12 und die Nummer 13 des Postamtes. Auch hier mußten Ausbissekräfte zum Abstemeln der Briefe und Karten herangezogen werden.

Küchenbier überfall in einem Postamt. St. Abold (Votbringen), 12. Dezember. Während der dienstlichen Überpostkontrollanten Schmidt allein anwesend war, erschien im Postamt ein Mann und gab vor, eine dringende Depesche ausgeben zu müssen. Knaplos ließ ihn der Beamte ins Amtsgemach eintreten. Der Unbekannte klaterte sich sofort auf ihn, schlug ihn zu Boden und verlangte die Schlüssel zum Kassenschrank. Dem überfallenen gelang es, bei dem Ringen mit dem Räuber die Schlüssel wegzunehmen, so daß der Zweck des Überfalls nicht erreicht wurde. Der Attentäter entkam unerkannt, während der Beamte später bedenklich am Boden aufgefunden wurde.

Eisenbahnunfälle. Brüssel, 11. Dezember. Heute nachmittag fuhr infolge falscher Weichenstellung auf dem Bahnhof Lenden der Stree Brüssel-Lüttich ein von China kommender Personenzug auf leere Wagen. 13 Personen wurden verletzt, darunter zwei schwer. — Raon, 12. Dezember. Auf dem Bahnhofe Reims-Selve entgleiste infolge Nachgebens einer Schiene ein Personenzug. Die Mehrzahl der Wagen stürzte um. Glücklicherweise wurden nur 10 Passagiere leicht verletzt.

Zu dem Nordindus auf einen afrikanischen Minenbesitzer. Johannesburg, 11. Dezember. Der Mann, der einen Anschlag auf den Minenindustriellen Phillips verübt hat, heißt Munn; er ist der Inhaber eines kleinen Ladens. Munn hat im ganzen vier Schüsse abgegeben, wovon deren zwei fehlgingen. Die Wunden ergriffen den Täter, der Selbstmord zu verüben suchte.

Deutscher Reichstag.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 12. Dezember.

An Bundesratssitzung: Staatssekretär Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung nach 10¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Hoff (Vpt.) fragt: Die Viehzählung vom 2. Dezember 1913 hat einen erheblichen Rückgang des deutschen Viehbestandes, insbesondere der Rinder- und Schweinebestände, ergeben, der bei der wachsenden Bevölkerung und dem steigenden Fleischbedarf des deutschen Volkes bedenklich erscheint.

Zur Untersuchung über die erforderlichen Maßnahmen ist die möglichst frühzeitige Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses der Viehzählung vom 2. Dez. 1913 wünschenswert.

Welchen Termin kann der Reichskanzler für die Bekanntgabe dieses vorläufigen Ergebnisses in Aussicht stellen?

Direktor im Reichsamt des Innern Müller: Nach den Bundesratsbeschlüssen für die kleinen Viehzählungen vom 7. November 1912 sind die vorläufigen Ergebnisse der Zählun-

gen bis zum 15. Februar des auf die Zählung folgenden Jahres an das Kaiserliche Statistische Amt einzuliefern. Auf Anregung des Kaiserlichen Statistischen Amtes wurde in der Versammlung der Statistiker des Reiches und der Bundesstaaten bereits am 7. Mai 1913 darüber verhandelt, ob die Einlieferung nicht an einem früheren Termin möglich sei. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, den Zeitpunkt für die Einlieferung der vorläufigen Ergebnisse auf den 15. Januar des auf die Zählung folgenden Jahres festzusetzen. Falls dieser Termin von allen Bundesstaaten eingehalten wird, kann eine Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses der Viehzählung vom 1. Dezember 1913 bis zu Ende Januar 1914 in Aussicht gestellt werden.

Abg. Gerold (Zentr.) fragt: Nach dem Artikel 63 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat im Jahre 1913 dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über

die Rücklagen der Berufsgenossenschaften

zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen. Am 17. Mai 1911 hat der Vertreter der Verbündeten Regierungen dem Reichstag ausdrücklich eine Gesetzesvorlage oder eine Denkschrift für 1913 zugesagt. Wann gedenkt der Herr Reichskanzler dieser gesetzlichen Verpflichtung und ausdrücklichen Zusage nachzukommen?

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Caspar: Eine diesbezügliche Vorlage wird dem Reichstag noch in dieser Session zugehen.

Auf Antrag der Geschäftsordnungskommission wird die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Thiele (Soz.), Hoffmann-Rudolfs (Soz.) und Wendel (Soz.), letzterer wegen Majestätsbeleidigung, verweigert.

Die Internationale Übereinkunft zur Bekämpfung der Pest, Cholera usw. wird ohne Debatte in dritter Lesung definitiv angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Weltausstellung in San Francisco.

führt zur Geschäftsordnung.

Abg. Baffermann (natl.) aus, daß nach den Verhandlungen der Subkommission, den Erklärungen der Regierungsvertreter sowie mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der Handelskammern ein Beschluß nicht gefaßt werden konnte und daher dem Plenum die Zustimmung zu der Vorlage nicht empfohlen werden kann.

Ministerialdirektor Lewald: Bei früheren Ausstellungen fanden sich mindestens 18 Monate für die Vorbereitungen zur Verfügung. Dies war aber der knappste Termin, um die Ausstellung rechtzeitig fertigzustellen. Für San Francisco stehen und aber von heute ab nur 14½ Monate zur Verfügung. Diese Zeit reicht aber nicht aus. Schon der Eisenbahntransport nach Amerika würde, wenn alles gut geht, sechs Wochen in Anspruch nehmen. Den Panamakanal zu benutzen ist wegen der mangelnden Sicherheitsmaßnahmen nicht zu empfehlen. Eine Fahrt um das Kap Horn würde aber eine weitere Verzögerung um 1½ bis 2 Monate bedeuten. Dazu kommt, daß ein organisatorischer Plan für die deutsche Ausstellung fehlt, der allein einen Erfolg garantieren kann, wie es der Mißerfolg von Philadelphia, wo das Urteil „billig und schlecht“ gefällt wurde, lehrt. Ferner ist ein architektonischer Entwurf schwer möglich, da noch nicht einmal die Platzfrage gelöst ist. Der Betrag von 2 Millionen Mark würde bei weitem nicht ausreichen. (Hör! Hör! rechts.) In St. Louis kostete das deutsche Haus allein 1½ Millionen Mark. In San Francisco würde dies noch viel teurer werden, da die dortigen Arbeitslöhne enorm hoch sind. Die Zeit reicht nicht aus, um eine Ausstellung herzustellen, die dem Namen Deutschlands gerade in Amerika, wo besonders hohe Anforderungen gestellt werden, zum Ruhm und zur Ehre gereichen kann. Und was dies nicht der Fall ist, ist jeder Betrag in den Stillen Ozean geworfen. (Weißl.)

Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß der Antrag zurückgezogen worden ist.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Darauf wird die Weiterberatung zum

Etat

fortgesetzt.

Abg. Behrend (Wirt. Vgg.): Die ungünstige Konjunktur wirkt schon heute auf den ganzen Handel und Wandel. Aber die Vorgänge in Jabern sprechen auch für unsere schärfste Mißbilligung aus. Diesen Standpunkt haben wir bis heute nicht verlassen. Auf Einzelheiten eingegangen, muß ich mit verfahren.

Die im Elßaß vorgekommenen Schimpereien sind beim

Militär überall an der Tagesordnung, insbesondere landsmannschaftliche Uzerien. Der eine faßt es als Scherz auf, der andere empfindet es aber als peinlich. Ich bitte den Kriegsminister, dahin zu wirken, daß dieser Reizhabe entgegengetreten wird und daß in Zukunft solche Uzerien im dienstlichen Verkehr nicht mehr vorkommen. Zu bedauern ist, daß bei jenen Vorgängen in Jabern eine tendenziöse Berichterstattung in Erleichterung getreten ist und daß der Berichterstattungsapparat nicht funktioniert. Dem Mißtrauensvotum haben wir trotzdem nicht zugestimmt, weil wir prinzipiell das nicht unterstützen, was zum parlamentarischen Regiment führen kann. Bezüglich unserer Kolonialpolitik bitten wir, von dem Aufbau an der Gesundheit unserer afrikanischen Schutzbesessenen abzugehen.

Die Missionen müssen weiter geführt werden.

Aber die Unterstützung der Familien bei der sechs Militärmissionen besteht im Lande große Unklarheit. Die Kommission muß darüber endgültig Entscheidung treffen. Wichtig ist als ein größerer Arbeitswillensschwund in ein beförderter Schutz der persönlichen Ehre gegen Verleumdungen durch die Presse. Die Ehre muß schnellstens erfolgen. Ferner muß dahin gestrebt werden, den wirtschaftlichen Terrorismus und den Koalitionszwang sowie die Einschränkung der Koalitionsfreiheit zu beseitigen. Mit neuen gesetzlichen Maßnahmen wird hier nichts zu erreichen sein. Nur durch einmütige Verurteilung dieser terroristischen Bestrebungen durch alle anständigen Menschen ist den Auswüchsen entgegenzutreten.

Abg. Senda (Vole): Das Auftreten des Reichskanzlers erfüllt uns mit Beschämung, da er das Mißtrauensvotum als ein Nichts bezeichnen konnte. Die auswärtige Politik ist keineswegs so rosig wie man es schildert. Die Vorkommnisse sollten ein Warnruf sein für die Völker, die gegen eine nationale Minorität eine Unterdrückungspolitik verfolgen, wie es in Preußen der Fall ist. (Lade des Präsidenten. Vizepräsident Baumbach rief diesen Ausdruck. Rufe bei den Polen: Ist das das!) Wie sollen die Slawen Österreichs Vertrauen zum deutschen

Sprechstunde der Hebamme: 12 bis 1 Uhr; in der poliklinischen Abteilung
von 10 bis 11 Uhr

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts

1 fl. holl.	1,70
1 alter Gold-Rubel	3,20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	2. 0
1 Peso	4.—
1 Dollar	4,20
7 fl. süddeutsche Wärg.	12.—
1 Mk. Bko.	1,50

Rock Island	90.	Argent. Navigators	20.
Southern Pacific	23.	do. preferred	25.5
do. Railway common	38.25	4 Brasilianer von 1899	68.75
St. Paul common	33.12	3 1/2 Buenos Aires	99.5
Union Pacific common	157.70	5 Chinesen von 1896	99.5
		4 1/2 do. von 1898	99.5
Miner.		3 Deutsch. Reichsanleihe	75.
Amalgamated	21.87	2 1/2 Engl. Konsols	75.
Amazonda	7	4 Griech. Mos.	60.
Rio Grande	71.75	5 Japaner von 1905	98.5
Tong. Cons.		4 1/2 do. II	94.
Utah Copp.	9.87	3 1/2 Ind. Rumpes Ant.	63.5
Centr. Min.	7.87	3 Mexikan. Kon. Ant.	90.